



Protokoll

Datum:

19. Juli 2017

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.225334 / 922/2016/00004

Protokoll der 14. Sitzung des Runden Tisches vom 13. Juni 2017

Vorsitz:	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM; Bundesamt für Justiz
Teilnehmende mit Stimmrecht:	Christina Maria Affentranger Weber	(CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz)
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Ursula Biondi	Betroffene / Vertreterin administrativ Versorgte
	Roger Bresch	Betroffener / Verein Fremdplatziert
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Daniel Cevey	Betroffener
	Ainca Gautschi-Moser	Betroffene / Vertreterin 2. Generation
	Andreas Jost	Betroffener
	Peter Kopp	Schweizer Bauernverband SBV
	Gabriele E. Rauser	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Alfred Ryter	Betroffener
	Martin Stucky	Vertreter Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption
	Gaby Szöllösy	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK (nur nachmittags)
	Uschi Waser	Betroffene / Vertreterin Jenische
	Judith Wenger	Schweizerischer Gemeindeverband

Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
Elie Burgos	Generalsekretariat UEK
Sara Zimmermann	Generalsekretariat UEK

Teilnehmende

ohne Stimmrecht:

Pia Altorfer	Beratungsstelle Opferhilfe Bern
Alexander Grob	Schweizerischer Nationalfonds
Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen fragen EKF
Martin Lengwiler	UEK
Stephanie Schönholzer	Schweizerischer Nationalfonds
Barbara Studer	Schweizerische Archivdirektorenkonfe- renz ADK

Ex officio:

Reto Brand	Bundesamt für Justiz / FSZM
Janine Mauerhofer	Bundesamt für Justiz / FSZM
Emilie Manfrini	Bundesamt für Justiz / FSZM
Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz / FSZM
Michelle Kiener	Bundesamt für Justiz / FSZM (nur nach- mittags)
Heidi Spori	Bundesamt für Justiz / FSZM (nur nach- mittags)
Laura Travaglini	Bundesamt für Justiz / FSZM (nur nach- mittags)
Iris Widmer	Bundesamt für Justiz / FSZM (nur nach- mittags)

Protokoll:

Patricia Kaiser	Bundesamt für Justiz / FSZM
-----------------	-----------------------------

Entschuldigt:

Renate Amstutz	Schweizerischer Städteverband
Jean-Louis Claude	Betroffener
Walter Emmisberger	Betroffener / Verein Fremdplatziert
Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchen- bund SEK
Sabine Jenzer	Vertreterin Historikerinnen
Reto Lindegger	Schweizerischer Gemeindeverband
Armin Meier	Betroffener / Verein Fremdplatziert
Cornelia Rumo Wettstein	CURAVIVA Verband Heime und Instituti- onen Schweiz
Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
René Schüpbach	Betroffener

Silva Semadeni	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
Michel Wiederkehr	Vertreter Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption
Clément Wieilly	Betroffener / Agir pour la Dignité

1

2 1. Begrüssung und Mitteilungen

3 Der Delegierte eröffnet die Sitzung und begrüsst die Teilnehmenden. Heute stehe ein ganzer
4 Tag für die Diskussionen zur Verfügung, weil letztes Mal moniert worden sei, dass ein halber
5 Tag zu kurz sei. Das Programm des Tages werde sich in zwei Blöcke gliedern. Der Morgen
6 sei der wissenschaftlichen Aufarbeitung gewidmet, der Nachmittag dann der Umsetzung des
7 AFZFG (Gesuchsverfahren Solidaritätsbeitrag, neuer Fachbereich FSZM, beratende Kom-
8 mission etc.).

9 Besonders begrüsst der Delegierte Herrn Prof. Dr. Alexander Grob und Frau Dr. Stephanie
10 Schönholzer, beide vom SNF sowie Herrn Prof. Dr. Martin Lengwiler von der UEK, die alle
11 drei zu den jeweiligen wissenschaftlichen Forschungsprojekten Ausführungen präsentieren
12 werden.

13 Bei den Mitgliedern des Runden Tisches seien eine Neubesetzung und eine ganze Reihe von
14 Abwesenheiten zu verzeichnen. Zum ersten Mal dabei sei Frau Pia Altorfer (Leiterin der Be-
15 ratungsstelle Opferhilfe Bern). Sie ersetze Frau Elisabeth Aeschlimann, die pensioniert worden
16 ist. Michel Wiederkehr (Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption) werde nicht mehr
17 an den Runden Tisch kommen. Die Vertretung dieser Organisation werde ab heute von
18 Herrn Martin Stucky wahrgenommen. Anstelle von Frau Cornelia Rumo Wettstein (CURAVI-
19 VA Verband Heime und Institutionen Schweiz) sei heute Frau Christina Maria Affentranger
20 Weber anwesend. Judith Wenger (Schweizerischer Gemeindeverband) vertrete Herrn Reto
21 Lindegger. Herr Walter Emmisberger, der heute nicht anwesend sei, habe mitgeteilt, dass er
22 nicht mehr als Präsident vom Verein Fremdplatziert amte. Weil sein Stellvertreter, Herr Armin
23 Meier, ebenfalls nicht teilnehmen könne, werde der Verein Fremdplatziert heute durch Herrn
24 Roger Bresch vertreten.

25 Schliesslich gebe es eine Reihe von Personen, für die keine Stellvertretung anwesend sei:
26 Frau Renate Amstutz, Frau Annegret Wigger, Herr Simon Hofstetter, Frau Sabine Jenzer,
27 Herr Clément Wieilly (er organisiere gerade eine neue Aktion mit dem Fahrrad und leide we-
28 gen des entsprechenden Trainings zurzeit an Rückenschmerzen), Herr Jean-Louis Claude
29 sowie Herr René Schüpbach könnten alle nicht anwesend sein. Auch Frau Ursula Schneider
30 Schüttel und Frau Silva Semadeni könnten aufgrund der parallel stattfindenden Sommerses-
31 sion des Parlaments voraussichtlich nicht teilnehmen. Frau Barbara Studer werde die Sit-
32 zung für eine zeitgleich stattfindende Sitzung mit dem neuen Stadtpräsidenten von Bern kurz
33 (ca. 10.45-12.15 Uhr) verlassen müssen. Frau Gaby Szöllösy werde am Nachmittag dazu
34 stossen.

35 Der Delegierte hält zu diesen vielen Abwesenheiten fest, dass sich der Runde Tisch als ein
36 dynamisches Gremium präsentiere. Es handle sich bei den Mitgliedern nicht um «Sesselkle-
37 ber» sondern es fänden ausgeprägte Wechsel statt. Dies könne auch ein Zeichen dafür sein
38 gelegentlich Überlegungen anzustellen, wie es mit dem Runden Tisch weitergehen solle.

39 Frau Ursula Biondi habe dem Delegierten eine E-Mail von Herrn Toni Aebischer weitergelei-
40 tet, welche die wissenschaftliche Aufarbeitung betrifft. Eine ähnliche E-Mail habe der Dele-
41 gierte auch von Herrn Heini Steiner erhalten. Er bittet darum, dass die entsprechenden An-
42 liegen direkt bei den beiden Traktanden zur wissenschaftlichen Aufarbeitung vorgebracht
43 werden.

44 Das Protokoll der letzten Sitzung wurde bereits früher auf dem Zirkularweg genehmigt.

45

1 **2. NFP 76 «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart, Zukunft»**
2 **(Herr Prof. Dr. Alexander Grob, Frau Dr. Stephanie Schönholzer)**

3 Der Delegierte begrüsst Herrn Prof. Dr. Alexander Grob (Präsident der Leitungsgruppe des
4 NFP 76) und Frau Dr. Stephanie Schönholzer (Programm-Managerin des NFP 76) und dankt
5 ihnen dafür, dass sie an diesem Runden Tisch teilnehmen und das Nationale Forschungs-
6 programm (NFP) 76 den Mitgliedern des RT vorstellen werden. Des Weiteren bringt er seine
7 Freude zum Ausdruck, dass dieses NFP im vorgesehenen Rahmen zustande gekommen ist.

8 Herr Prof. Dr. Alexander Grob bedankt sich für die Möglichkeit, das NFP soweit es bereits
9 gediehen ist, vorstellen zu dürfen und fordert die Anwesenden auf, Inputs zu geben, damit
10 auch diese wieder in das NFP einfließen können. Die folgende Präsentation gliedere sich in
11 drei Teile: (1.) Informationen über das NFP 76, (2.) Dialog und (3.) Diskussion.

12 *[Vgl. die Beilage für die entsprechenden Folien].*

13 1. Informationen über das NFP 76

14 Frau Dr. Schönholzer bedankt sich für die Möglichkeit zum heutigen Austausch und ergänzt,
15 dass sie bereits mit verschiedenen Personen – Anwesenden und nicht Anwesenden – Kon-
16 takt betreffend dieses NFP hatte und ihr diese Kontakte, wie auch das NFP in seiner Ge-
17 samtheit, sehr wichtig seien.

18 Bereits am 25. April 2017 habe eine Informationsveranstaltung für Forschende stattgefün-
19 den. Zurzeit sei noch etwas unklar, welche Projekte innerhalb des Programms durchgeführt
20 werden.

21 Anschliessend erklärt sie, was Nationale Forschungsprogramme (NFP) sind und wie diese
22 im Generellen entwickelt werden: In den NFP werden Forschungsprojekte durchgeführt, die
23 gesellschaftlich-relevante Themen betreffen und damit einen Beitrag zur Lösung wichtiger
24 Gegenwartsprobleme leisten. Es gehe also immer um Themen, bei denen ein aktueller
25 Handlungsbedarf gesehen und erwartet werde.

26 Bundesämter, Forschungsinstitute, Forschungsgruppen oder einzelne Personen schlagen
27 dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Thematik und mögli-
28 che Schwerpunkte eines NFP vor. Somit komme der Impuls für ein NFP entweder aus der
29 Politik (*top-down*) oder aus der Wissenschaft selber (*bottom-up*). Der Bundesrat wähle die
30 Themen definitiv aus und übertrage diese dem Schweizer Nationalfonds (SNF) zur Bearbei-
31 tung im Rahmen eines NFP.

32 Anschliessend werden vom SNF alle eingereichten Projekte evaluiert und die geeignetsten
33 daraufhin ausgesucht und durchgeführt. Dabei habe der SNF sich an die vom Bundesrat und
34 vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung aufgestellten Re-
35 geln [[Verordnung zum Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation vom 29. November 2013, SR 420.11](#) sowie die [Verordnung des WBF zur Forschungs- und Innovationsförderung vom 9. Dezember 2013, 420.111](#)] zu halten.

38 Beim aktuell in Frage stehenden NFP habe der Bund, der auch für die Kosten des Projekts
39 aufkommen wird, das Projekt initiiert, was eher untypisch sei. Dennoch wurde eine Machbar-
40 keitsstudie durchgeführt. Entscheidend für die Durchführbarkeit eines NFP sei neben der
41 Handlungsrelevanz immer auch das Vorhandensein eines genügenden Pools an Forschenden,
42 die sich mit dem Thema auseinandersetzen können – und zwar auch mit Bezügen zur
43 Gegenwart. Dieser Bezug widerspiegle sich auch im Titel: «Fürsorge und Zwang». Deshalb
44 wurde auch nicht etwa der bestehende Titel fürsorgerische Zwangsmassnahmen o.ä. ge-

1 wählt, um damit bei diesem NFP die Gegenwartsperspektive besser zum Ausdruck zu brin-
2 gen. Dennoch sei bei den anstehenden Forschungsprojekten der ganze weite Fokus er-
3 wünscht, sei dies in der zeitlichen, sei dies in der thematischen Dimension. Entsprechend
4 viel Geld stehe auch zur Verfügung: 18 Mio. Franken (zwischen 10 und 20 Mio. Franken zur
5 Finanzierung von NFP seien möglich) wurden vom Bundesrat bewilligt.
6 Frau Dr. Schönholzer erklärt weiter, dass es drei unterschiedliche Positionen gebe, die Geld
7 kosten: der kleinste Teil werde für die administrativen Aufgaben aufgewendet, rund 1.5 Mio.
8 Franken seien für den Wissenstransfer, die Kommunikation und die Bekanntmachung der
9 Ergebnisse auf den entsprechenden Plattformen, für Veranstaltungen in allen Sprachregio-
10 nen der Schweiz und für Publikationen in den Medien vorgesehen, was vergleichsweise viel
11 sei. Der Rest sei den wissenschaftlichen Projekten vorbehalten.

12 Frau Dr. Schönholzer präsentiert in der Folge **drei Erwartungen**, die an das NFP 76 gestellt
13 werden, die gleichzeitig die Bedingungen darstellen, unter welchen das NFP bewilligt worden
14 sei:

15 1. Wissenschaftliche Interessen:

16 Eine erste Erwartung betreffe die Generierung neuer Erkenntnisse zur Fürsorgepra-
17 xis und -politik der Schweiz.

- 18 – Es solle an vorhandene nationale und internationale wissenschaftliche Forschung
19 angeknüpft werden; diese umfasse auch die Forschung der UEK.
- 20 – Für eine umfassende Studie sei ein umfassender Blick auf den Gesamtkontext
21 unumgänglich. Deswegen sollen einzelstudienübergreifende Erkenntnisse zu Ur-
22 sachen und Mechanismen sowohl konstruktiver wie auch destruktiver Massnah-
23 men herausgearbeitet werden.
- 24 – Zudem müsse Material gesichert werden, das auch nach Abschluss der For-
25 schungsarbeiten nicht wieder verloren geht.

26 2. Interessen von Betroffenen und deren Nachkommen:

27 Eine nächste Erwartung behandle die Dokumentation, Aufarbeitung und Anerken-
28 nung des von den Betroffenen und ihren Nachkommen erfahrenen Leides und seiner
29 Folgen auch für die nachfolgenden Generationen.

- 30 – Hier gehe es in einem ersten Punkt um die Anerkennung des erlittenen Leides in
31 den unterschiedlichen Bereichen der Fürsorge, und um den Umstand, dass die-
32 ses auch in nachfolgenden Generationen weiterwirken könne. Diese verschiede-
33 nen Bereiche der Fürsorge umfassen insb. die Fremdplatzierungen und das Ver-
34 dingwesen, die Kindswegnahme, die Adoptionen, die Unterbringung in Straf- und
35 Erziehungs-, Arbeits- und psychiatrischen Anstalten, die Sterilisationen und Kast-
36 rationen, aber auch die Arbeitsweisen von Institutionen und Aufsichtsbehörden.
- 37 – Zudem sollen die biographischen Erfahrungen sichtbar gemacht und dabei ana-
38 lysiert werden, welche Möglichkeiten auf persönlicher Ebene zur Bewältigung
39 existieren und welche kollektiven Bewältigungsstrategien zur Verfügung stehen.

40 3. Gesellschaftspolitische Interessen:

41 In einer letzten Erwartung werden die historischen und zeitgenössischen Aspekte der
42 Fürsorgepraxis analysiert, um Handlungs- und Orientierungsweisen für den Umgang
43 mit verletzlichen und schutzbedürftigen Menschen zu gewinnen. Dabei sollen die
44 heute im Kontext der staatlichen Fürsorge bzw. des Kindes- und Erwachsenenschut-
45 zes verantwortlichen Personen sensibilisiert werden. Dafür müsse auch aufgearbeitet
46 werden, was aus heutiger Sicht eine nicht vertretbare Praxis der Fürsorge durch
47 Zwang darstelle.

48
49

1 In einem nächsten Schritt präsentiert Frau Dr. Schönholzer die **drei Ziele** des NFP 76:

- 2 1. Als erstes Ziel sollten die Merkmale, Mechanismen und Wirkungsweisen der schwei-
3 zerischen Fürsorgepolitik und -praxis in ihrer Vielgestaltigkeit und im Spannungsfeld
4 von Kontinuität und Wandel analysiert werden.
- 5 2. Ein zweites Ziel umfasse die Identifikation möglicher Ursachen für integritätsverlet-
6 zende sowie -fördernde Fürsorgepraxen im Spannungsfeld zwischen gesellschaftli-
7 cher Ordnung und individuellen Rechten.
- 8 3. Als drittes Ziel schliesslich würden die Auswirkungen der Fürsorgepraxen auf die Be-
9 troffenen und speziell ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung untersucht.

10 Um diese drei Ziele analysieren zu können, wurden **fünf Forschungsschwerpunkte** vorge-
11 sehen. Dabei gehe es darum, den Forschenden ein Bild zu vermitteln, welche Themenberei-
12 che diese aufnehmen könnten. Die Leitungsgruppe sei sich bewusst, dass nicht ausschliess-
13 lich ein Ziel in einem Forschungsschwerpunkt pro Projekt behandelt werden könne, sondern
14 dass es hier verschiedentlich Überschneidungen geben werde. Es werde davon ausgegan-
15 gen, dass pro Forschungsschwerpunkt rund sechs bis sieben Projekte durchgeführt werden
16 können. Pro Schwerpunkt sei zwar bereits ein Budgetrahmen gesteckt worden. Allerdings
17 hänge dann der genaue Betrag von den eingereichten Skizzen resp. den schlussendlich be-
18 willigten Projekten ab:

- 19 1. Grundrechte und staatliches Handeln (3 Mio. Franken)
20 Dieser Forschungsschwerpunkt behandle insbesondere das Konfliktfeld zwischen der
21 gesellschaftlichen Fürsorge und den Persönlichkeitsrechten
- 22 2. Föderale Struktur und wirtschaftliche Faktoren (3.5 Mio. Franken)
23 In diesem Schwerpunkt solle, unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Faktoren wie
24 die Armutsfürsorge, der Fokus auf die in den verschiedenen Kantonen vorherrschenden
25 unterschiedlichen Voraussetzungen gerichtet werden.
- 26 3. Diskurse und ihre Wirkungen (3 Mio. Franken)
27 In diesem Schwerpunkt, der mit den ersten beiden sicherlich Überschneidungen auf-
28 zeigen werde, sollen auch die Normen und Werte, die damals von Bedeutung waren,
29 berücksichtigt werden.
- 30 4. Auswirkungen auf Betroffene (3.5 Mio. Franken)
31 Dieser Schwerpunkt solle viel Bedeutung erlangen und – inkl. der Berücksichtigung
32 von Integritätsverletzungen – anhand einer intergenerationellen Perspektive analysie-
33 ren, welche Auswirkungen auf weitere Generationen festgestellt werden können.
- 34 5. Stabilisierende und dynamisierende Faktoren (2.5 Mio.)
35 Der letzte Schwerpunkt befasse sich mit der Frage, ob ein institutioneller Wandel
36 stattgefunden habe oder eben nicht, welche *Player* machtvoll waren, welche stabili-
37 sierend wirkten.

38 Schliesslich hält Frau Dr. Schönholzer zum Zeitplan des NFP 76 fest, dass dieses im Ge-
39 gensatz zur UEK noch ganz am Anfang stehe. Das NFP sei angelaufen und der sog. [Call](#)
40 resp. die Ausschreibungsphase sei gerade aktuell. Bis am 26. Juni 2017 hätten die For-
41 schenden Zeit, eine kurze 5-seitige Skizze beim SNF einzureichen. Anschliessend werde
42 selektioniert, welche Forschenden aufgrund ihrer Skizze darum gebeten werden, ein ausge-
43 reiftes Konzept einzureichen. Anschliessend fände eine erneute Evaluation statt. Der For-
44 schungsrat könne dann in rund einem Jahr definitiv entscheiden, welche Projekte bewilligt
45 werden können.

1 Frau Dr. Schönholzer hebt die ausserordentliche Bedeutung des Wissenstransfers hervor
2 und weist daraufhin, dass dafür eine eigene Strategie erarbeitet werde. Allerdings sei erst in
3 rund 6-8 Wochen klar, welche Person damit mandatiert werde.

4 2. Dialog mit den Betroffenen

5 Im Folgenden führte Herr Prof. Dr. Alexander Grob **fünf Pisten für den Dialog** aus:

6 1. Mitbestimmung bei der Ausrichtung des NFP 76
7 Dieser erste Dialog sei bereits abgeschlossen. Bei der Diskussion und Analyse im
8 SBFI, ob in der Schweiz genügend Expertise für eine entsprechend umfassende Stu-
9 die vorhanden sei, sei viel Wissen eingeflossen, das im Rahmen des Runden Tisches
10 und nicht zuletzt in seinem Bericht und Massnahmenvorschlägen vom 1. Juli 2014
11 erarbeitet worden ist. Schliesslich wurde auch aus acht verschiedenen Bereichen
12 (Psychologie, Medizinalgeschichte, Theologie, Kindes- und Erwachsenenschutzbe-
13 reich, Sozialwissenschaften, Geschichte, Rechtswissenschaft und soziale Arbeit) ei-
14 ne Leitungsgruppe zusammengestellt, die wiederum vieles an Wissen in die Diskus-
15 sion eingebracht habe. Diese Gruppe habe daraufhin den bereits erwähnten Call
16 ausgearbeitet.

17 2. Dialog-Treffen NFP 76 und Betroffene
18 Sobald alle Skizzen gesichtet worden sind (zweite Augusthälfte 2017), soll ein Dialog-
19 treffen zur Gewichtung der Projektthemen stattfinden. Die fünf Forschungsschwer-
20 punkte seien zwar vorgegeben. Inhaltlich würden diese aber vielfältig ausgestaltet
21 werden können. Im Dialog mit den Betroffenen werde sich der SNF zuerst einen
22 Überblick verschaffen und darstellen, was eingereicht worden ist. Daraufhin möchte
23 er von den Betroffenen erfahren, ob die wesentlichen Themen berücksichtigt worden
24 seien oder ob aus der Sicht der Betroffenen noch Forschungslücken bestehen wür-
25 den. Die thematischen Schwerpunkte aus Sicht der Betroffenen sollen dann entspre-
26 chen in die Bewertung der Skizzen einfliessen. Die im Call von der Leitungsgruppe
27 definierten Evaluationskriterien könnten nicht übersteuert werden, aber die Einschät-
28 zung der Betroffenen solle bei der Auswahl auf jeden Fall einbezogen und anhand
29 einer Matrix dargestellt werden.

30
31 Da die Person, die für den Wissenstransfer mandatiert werde, ihre Arbeit erst per Au-
32 gust aufnehmen werde und an diesem Anlass anwesend sein sollte, könne dieser Di-
33 alog nicht früher als in der zweiten Augusthälfte durchgeführt werden.

34 Zu diesem Anlass werde öffentlich eingeladen, so dass die Teilnahme als Einzelper-
35 son oder als Vertreter einer Organisation möglich sei.

36 In den Evaluationsprozess seien auch Personen aus dem Ausland miteinbezogen,
37 die dann auf der Grundlage dieser von den Betroffenen erstellten Matrix zusammen
38 mit dem Leitungsgremium entscheiden werden, ob die von den Betroffenen geforder-
39 ten Themen auch wirklich in der Auswahl vertreten sind.

40 3. Mitarbeit bei den Projekten
41 Gesamthaft sollen rund 25-30 Projekte durchgeführt werden. Der Einbezug von Be-
42 troffenen könne bei bestimmten Projekten sinnvoll sein, bei anderen sei er vielleicht
43 sogar unabdingbar. Es gelte von Projekt zu Projekt zu entscheiden, ob eine Beglei-
44 tung durch eine Gruppe von Betroffenen sinnvoll sein kann. Dabei sei vorgesehen,
45 dass die Betroffenen direkt von den Forschenden für eine Kooperation angefragt
46 werden.

1 Bereits auf Stufe Skizzen werde von der Leitungsgruppe geprüft, ob der Einbezug der
2 Betroffenen angemessen umgesetzt wurde. Dabei könne sie auch allfällige Bedin-
3 gungen oder Empfehlungen an die Gesuchseinreichenden formulieren. Die Erfüllung
4 dieser Bedingungen werde von der Leitungsgruppe anschliessend auf Stufe der Ge-
5 suchseinreichung überprüft. Gegenwärtig sei kein programmübergreifendes
6 *Sounding Board* mit Betroffenen geplant.
7 Frau Keller möchte wissen, wieso dies so sei. Herr Prof. Grob antwortet ihr, dass
8 der Einbezug der Betroffenen mit dem Wissenstransfer zusammenhänge. Da zum
9 aktuellen Zeitpunkt weder das Konzept für den Wissenstransfer noch der genaue
10 Inhalt der Projekte bekannt sei, käme die Einsetzung eines entsprechenden *Sounding*
11 *Borad* einem sog. *Overrule* gleich und wäre zu weit vorgegriffen.

12 Für Frau Biondi habe der Umstand, dass die Ausarbeitung der Ausschreibung (Call)
13 ohne direkte Mitarbeit der von den entsprechenden Massnahmen betroffenen Perso-
14 nen stattgefunden habe, zu Missverständnissen und zu seelischem Schmerz geführt.
15 Dieser Umstand müsse behoben werden. Schon alleine die Begriffe «Opfer» und
16 «Betroffene» seien sehr abwertend. Es dürfe nur noch ein Miteinander geben. Herr
17 Prof. Grob entgegnet ihr, dass es ein Anliegen des SNF sei, dass die Wissenschaft
18 mit den Betroffenen kommuniziere und ihre Interessen und Bedürfnisse aufnehme.
19 Auf Seiten des SNF gebe es Vorgaben, die einzuhalten seien. U.a. müsse die Selektion
20 nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen. Bei der Themenauswahl allerdings
21 sei der SNF frei. Deswegen werden die Betroffenen zu diesem Zeitpunkt auch direkt
22 angesprochen und in den Prozess integriert. Zur Nichtbeteiligung bei der Ausarbei-
23 tung für den Call wiederholt er, dass sowohl das SBFI beim Antrag an den Bundesrat
24 wie auch die Leitungsgruppe bei der Ausarbeitung des Calls viel Wissen verarbeitet
25 hätten, das der Runde Tisch generiert habe. Aus der Sicht des SNF habe in dieser
26 Hinsicht ein gewisser Einbezug der Betroffenen stattgefunden. Mit Personen wie
27 Herrn Mader, Herrn Lengwiler oder Frau Wigger seien dabei zudem Personen vertre-
28 tet, die selber Mitglieder des Runden Tisches waren oder noch sind.

29 In diesem Zusammenhang wiederholt Frau Biondi, wieso es überhaupt zu einem
30 Runden Tisch gekommen sei, nämlich weil Individuen von Seiten des Staates gros-
31 ses Leid zugefügt worden sei. Viele damalige Behördenvertreter hätten den Nut-
32 zen, den Profit, das Finanzielle oder ihr persönliches Image vor die Moral gestellt.
33 Diese Vertreter hätten das Recht missbraucht und seien gegenüber Kindern und Ju-
34 gendlichen zu Verbrechern geworden, aber bis heute straffrei geblieben. Dadurch sei-
35 en viele Betroffene zu seelischen und körperlichen Krüppeln gemacht worden. Viele
36 seien in den Selbstmord getrieben worden. Dieses Leid sei der Hauptgrund, wieso
37 es zu jahrzehntelangen Diskussionen gekommen sei und wieso diese schlussendlich
38 in einem Runden Tisch mündeten. Dies müsse unbedingt in allen Projekten zum
39 Ausdruck kommen. Herr Prof. Grob betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit
40 des Wissenstransfers. Es sei von fundamentaler Bedeutung, dass die Ergebnisse
41 nicht nur für die Wissenschaft zugänglich seien. Deswegen werde für den Wissens-
42 transfer auch mehr Geld als bei anderen NFP vorgesehen. Ein Transfer in das öffent-
43 liche Bewusstsein, z.B. mit Schulbüchern für die nachfolgenden Generationen, müsse
44 stattfinden. Dies sei die Aufgabe der Person, die für den Wissenstransfer zuständig
45 sein werde. Selbstverständlich stelle das nicht die persönliche Ebene der Wiedergut-
46 machung dar, die Frau Biondi ebenfalls angesprochen habe. Der SNF sei eine wis-
47 senschaftliche Institution und könne mit seinen Programmen nicht überall Effekte zei-
48 gen. Der Delegierte fügt dem bei, dass der Aufarbeitungsprozess noch immer in vol-
49 lem Gang sei. Es könnten vier verschiedene Elemente unterschieden werden: Die
50 politische Aufarbeitung sei in wesentlichen Teilen mit der Verabschiedung des Geset-

1 zes abgeschlossen worden. Die wissenschaftliche Aufarbeitung habe auf verschiede-
2 nen Ebenen begonnen und die individuelle, persönliche sei im vollen Gang. Hierzu
3 gehöre auch der Solidaritätsbeitrag, weil damit die Anerkennung, dass jemand Opfer
4 geworden sei, zum Ausdruck komme und damit das der Person zugefügte Leid fest
5 gehalten werde. Dadurch anerkenne die Behörde, dass Unrecht passiert und Leid
6 erlitten worden sei. Als viertes Element gehe es um die Aufarbeitung in der Öffent-
7 lichkeit: Die Ergebnisse sollen in Schulbüchern, öffentlichen Veranstaltungen, etc.
8 einfließen. Der Einbezug der Betroffenen sei überdies auch bei der UEK sehr wichtig
9 und der Delegierte bittet Herrn Lengwiler darum, in seinem später folgenden Referat
10 speziell zu erläutern, wie die UEK diesen Einbezug umgesetzt habe. Somit könne der
11 Einbezug für die gesamte wissenschaftliche Aufarbeitung daran anschliessend disku-
12 tiert werden.

13 4. Dialogveranstaltung im Rahmen des Wissenstransfers

14 Im Frühjahr 2018 sei ein Konzept für den Wissenstransfer zu erwarten. Dieses werde
15 Instrumente für den Dialog mit ehemals Betroffenen enthalten. Zu diesem Zeitpunkt
16 etwa würden auch die Forschungsarbeiten beginnen, die dann vier/fünf Jahre dauern
17 werden. Die Idee sei, dass diese mehrjährige Forschungsphase von diesem Dialog
18 begleitet werde. Konkretere Informationen könnten allerdings erst nach Erarbeitung
19 des Konzeptes für den Wissenstransfer im Frühjahr 2018 erwartet werden.

20 5. Regelmässige Informationen zum NFP

21 Einerseits werde das NFP weiterhin über den Runden Tisch Informationen weiterge-
22 ben, andererseits habe es mit einem [Newsletter](#), Massenmails und der [Website](#) eige-
23 ne Kanäle, um Informationen zu streuen.

24 3. Diskussion

25 Für die anstehende Diskussion bittet der Delegierte darum, Fragen des Einbezugs der Be-
26 troffenen vorläufig noch bis nach der erfolgten Präsentation durch die UEK zurückzustellen.
27 Alle weiteren Fragen könnten allerdings gerne gestellt oder Bemerkungen gemacht werden.

28 Herr Jost empfindet es als eine Form der Selbstherrlichkeit und Arroganz, dass sich auf vie-
29 len Ebenen und insb. auf Entscheidungsebene nur anerkannte Experten und sog. Fachleute
30 einbringen können. Den Einbezug von Betroffenen am Runden Tisch habe er immer als äus-
31 serst mangelhaft erlebt. Sein Anliegen, die Betroffenen in einer Form mit einzubeziehen, in
32 welcher diese auch handlungsfähig wären, sei nicht aufgenommen worden, weshalb er sich –
33 so wie viele andere auch – die Frage stelle, ob sich der Runde Tisch letztendlich nicht auf
34 eine Alibi-Übung reduziere.

35 Des Weiteren macht er auf eine [Peer-Ausbildung](#) der Pro Mente Sana aufmerksam. Er stelle
36 sich den Einbezug der Betroffenen am Runden Tisch genau so vor, wie dies bei der Pro
37 Mente Sana geschehe, weil dort viele selbst Behinderte angestellt sind. Dies trägt seines
38 Erachtens ganz wesentlich zum qualitativen Verständnis innerhalb dieser Organisation bei.
39 Er habe verstanden, dass der Runde Tisch keine weiteren politischen Entscheide (z.B. Gra-
40 tis-GA oder dergleichen) werde herbeiführen können. Allerdings müssen die Meinungen der
41 Mitglieder des Runden Tisches sowie weiterer Betroffener ins NFP und in das politische Ge-
42 schehen einfließen. Sofern diese es wünschen, müssen diese Personen derart eingebun-
43 den werden, dass sie auch handlungsfähig sind und ihnen Gehör geschenkt werde. Die ak-
44 tuellen Entscheidungsträger würden in einer Realität leben, welche zu entfernt von jener der
45 Betroffenen liegt, wodurch die Notlage vieler Betroffener nicht adäquat nachvollzogen wer-
46 den könne. Darum wünsche er sich eine *Peer-Projektgruppe*, in der Wissenschaftler und
47 Betroffene beteiligt wären, die bei allen Projekten des NFP 76 beratend zur Seite stünden.

1 Damit würde nichts übersteuert, sondern die Betroffenen könnten darauf aufmerksam ma-
2 chen, wenn in einem konkreten Projekt wichtige Themen resp. ihre Perspektive ausser Acht
3 gelassen würde. Dass immer nur über die Betroffenen, aber nicht zusammen mit ihnen ent-
4 schieden würde, bilde ein grosses Feld für Spannungen.

5 Frau Biondi zitiert einen Betroffenen, welcher das Reglement des NFP als «Maulkorb-
6 Reglement» bezeichnet hat und wünscht, dass alle Berichte vor der Publikation von den Be-
7 troffenen ge- und überprüft werden können, damit die Geschichten darin nicht verharmlost
8 und die Betroffenen nicht aufs Neue abgewertet und stigmatisiert würden.

9 Der Delegierte weist darauf hin, dass es am Runden Tisch nie ein Gefälle gegeben habe
10 zwischen Betroffenen und Vertretern von Organisationen auf der einen Seite und Vertretern
11 der Behörden auf der anderen Seite. Er habe zudem stets betont, dass hier ausschliesslich
12 Menschen sitzen würden, die sich auf Augenhöhe begegnen und ein gemeinsames Ziel ver-
13 folgen. Dies sei von allen Seiten auch so gelebt worden. Zudem sei in den Referaten bereits
14 erwähnt worden, dass immer dafür gesorgt wurde, dass die Anliegen des Runden Tisches in
15 den Aufbau des NFP 76 einbezogen worden sind (durch das SBFI für den Bundesratsantrag,
16 durch das Leitungsgremium für den Call).

17 Zum Vorschlag der *Peer-Gruppe* führt der Delegierte aus, dass er Herrn Jost bereits zuge-
18 sagt habe, dass am nächsten Runden Tisch ein Experte zu diesem Thema auftreten könne.
19 Es müsse insbesondere die Frage geklärt werden, ob dieses System in die Wissenschaft
20 transferiert werden könne. Er bittet darum, dieses Thema vorläufig noch zurückzustellen.
21 Er fragt die beiden Vertreter des NFP, wie die Betroffenen bei der Publikation einbezogen
22 werden, und stellt ihnen zudem die bereits eingangs erwähnte, auf E-Mails eingereichte,
23 Frage, was mit den Akten der Betroffenen geschehe.

24 Frau Biondi stösst sich daran dass sie noch heute immer wieder aufs Neue stigmatisiert
25 würde. Sie möchte nicht länger als «Administrativversorge», «Opfer» oder «(Ex-)Betroffene»
26 dargestellt werden. Dies bedeute ein Freipass für erneute Stigmatisierungen. Der Delegierte
27 antwortet ihr, dass die Initianten der Wiedergutmachungsinitiative, in dessen Komitee auch
28 Frau Biondi Einsitz hatte, im Initiativtext selber von «Opfer» gesprochen hätten und dass der
29 Gesetzgeber in der Folge diese Unterscheidung von «Opfer» und «Betroffene» ins Gesetz
30 aufgenommen habe. Zudem glaube er nicht, dass den Opfern von aktuellen Straftaten ge-
31 dient wäre, wenn in der Opferhilfegesetzgebung eine Umbenennung der Bezeichnung «Op-
32 fer» stattfinden würde. Frau Biondi präzisiert daraufhin, dass sie eine «Betroffene des Staa-
33 tes» sei.

34 Herr Prof. Grob gibt zunächst zu bedenken, dass der SNF sein Handeln an ethischen
35 Grundsätzen ausrichte. Frau Dr. Schönholzer antwortet auf die vom Delegierten aufgeworfe-
36 nen Fragen wie folgt: Betreffend Einbezug der Betroffenen bei der Publikation gäbe es ver-
37 schiedene Punkte zu beachten, wenn so unterschiedliche Zielpublika gleichzeitig erreicht
38 werden sollen. Nachdem die Projekte definitiv ausgewählt worden seien, würden die Projekt-
39 leitenden darum gebeten, eine Zusammenfassung in einer einfachen, klaren Sprache zu
40 erstellen, die für alle Menschen verständlich sei, d.h. auch für solche, die nicht ausschliess-
41 lich mit diesem Thema zu tun haben. Diese Zusammenfassungen werden in den Sprachen
42 Deutsch, Französisch und Englisch und nach Möglichkeit auch auf Italienisch so rasch wie
43 möglich zur Verfügung gestellt. Sie hofft, dass diese Dokumente im Sommer 2018 online und
44 etwas später auch in einer Druckversion verfügbar sein werden.

45 Da den Forschenden bei ihren Arbeiten über eine verhältnismässig grosse Autonomie ver-
46 fügten, müsse davon ausgegangen werden, dass der Forschungsstand der einzelnen Pro-
47 jekte jeweils unterschiedlich weit sei. Deshalb sei es nicht möglich, einen umfassenden, öf-
48 fentlich zugänglichen Zwischenbericht über alle Projekte zu erstellen. Allerdings sollen die
49 Zwischenstände, die verschiedenen Formen der Synthese für jedes Projekt, individuell zu-

1 gänglich sein. Es werde, wenn jeweils die einzelnen Forschungsarbeiten genehmigt worden
2 sind, eine Zusammenfassung erstellt werden. Zudem würden auch in den Medien und via
3 weitere Kanäle Berichte verbreitet werden.

4 Was die zweite Frage, die Verwendung der Daten, angeht, so hält sie fest, dass beim SNF
5 selbst keine Daten gesammelt würden. Es sei Sache jedes einzelnen Projekts zu deklarieren,
6 wie die Daten verwendet und anschliessend aufbewahrt werden. Auch die Daten der
7 UEK werden nicht an den SNF weitergegeben.

8 Der Delegierte erklärt zur allgemeinen *Datenbearbeitung* (durch die Verwaltung, den SNF
9 und die UEK), dass die Regeln für die Datenbearbeitung des Datenschutzgesetzes Anwendung
10 fänden. Bei der *Archivierung dieser Daten* gelten die Archivierungsvorschriften des
11 Bundes. Für die Verwaltung würden dabei die gleichen Regelungen wie für die UEK zum
12 Tragen kommen, weil die UEK administrativ der Verwaltung zugeordnet sei. Der SNF habe
13 zwar eigene Regelungen. Diese entsprechen inhaltlich aber den Regelungen der Archivierungs-
14 gesetzgebung des Bundes. Dies bedeutet, dass alle drei Institutionen dem Bundesarchiv die
15 entsprechenden Dokumente zur Archivierung anbieten müssten und dieses dann
16 letztlich über deren Archivierungswürdigkeit zu befinden habe.

17 Frau Biondi liest eine weitere E-Mail eines Betroffenen vor, der darin fordert, dass über die
18 Forschenden absolute Transparenz herrschen müsse, damit die Betroffenen genau wüssten
19 wer über sie forscht. Dies bedeute die Bekanntmachung eines detaillierten Lebenslaufs mit
20 ausführlichen persönlichen Angaben inkl. der Parteizugehörigkeit sowie detaillierte Informati-
21 onen über die Ausbildung, Erfahrungen in diesem Bereich etc.

22 Frau Waser hält fest, dass das dauernde latente Misstrauen unter den Betroffenen sie er-
23 schüttere. Sie sei eine Betroffene, auch wenn irgendeine andere Terminologie dafür verwen-
24 det werde. Sie appelliert, den in den Aufarbeitungsprozess Involvierten das notwendige Ver-
25 trauen entgegen zu bringen.

26 Herr Cevey gibt zu bedenken, dass er nach allem, was er erlebt habe, den Behörden schlicht
27 nicht mehr vertrauen könne. Er wendet sich direkt an den Delegierten und nimmt Bezug auf
28 eine Antwort, die dieser früher an Herrn Jost gegeben hat. Der Delegierte habe Herrn Jost
29 dabei gesagt, dass das Verhalten des Delegierten nicht arrogant gewesen sei. Er, Herr
30 Cevey, habe sich vom Delegierten allerdings teilweise auch zu stark in die Schranken ver-
31 wiesen gefühlt, weil er teilweise starke Begriffe und Worte verwendet habe. Es würden noch
32 immer Stigmatisierungen stattfinden und schreckliche Dinge geschehen.

33 Der Delegierte bedankt sich für die verschiedenen Ausführungen und betont, dass die hier
34 hier am Runden Tisch Anwesenden deshalb an den Arbeiten beteiligten, weil ausser Frage
35 stehe, dass schreckliche Dinge geschehen seien und diese Geschehnisse aufgearbeitet
36 werden müssen. Die Wissenschaft werde diese ans Licht bringen und vielleicht sogar seine
37 Vermutung bestätigen, dass den Geschehnissen teilweise eine gewisse Systematik zugrun-
38 de liege. Was das Misstrauen der einzelnen Mitglieder gegenüber den heutigen Behörden
39 angeht, dankt er für das Votum von Frau Waser. Es sei ein Fakt, dass Misstrauen von Seiten
40 verschiedener Betroffenen bestehe und es sei eine Herausforderung für alle, mit diesem
41 Misstrauen korrekt umzugehen. Es dürfe nicht sein, dass sich deswegen Verhaltensweisen
42 einschleichen, die dazu führen, dass Betroffene gar nicht mehr anders können, als misstrau-
43 isch zu sein. Er hoffe sehr, dass ein gewisser Gesinnungswandel in dem Sinne möglich sei,
44 dass nicht einfach alles, was jetzt geschehe, als gegen die Betroffenen gerichtet verstanden
45 werde. Wenn der Blick darauf gerichtet werde, was in den letzten vier Jahren passiert ist,
46 müsse man wahrscheinlich anerkennen, dass sowohl die Bereitschaft zur Aufarbeitung als
47 auch eine solche für eine gute Zusammenarbeit vorhanden sei.

1 Bezugnehmend auf die von Frau Biondi vorgelesene E-Mail stellt Herr Prof. Grob klar, dass
2 bei wissenschaftlichen Projekten feste Regelungen gelten und es immer Voraussetzung sei,
3 dass die das Projekt leitende Person einen – wissenschaftlichen – Lebenslauf zur Verfügung
4 stelle. Zudem müssen die Leute, die über die Projekte entscheiden, deklarieren, ob sie ei-
5 nem Interessenskonflikt unterliegen. Zwar handle es sich hierbei um eine Selbstdeklaration.
6 Falls nachträglich aber Unstimmigkeiten oder Unwahrheiten publik würden, würden diese zu
7 Konsequenzen führen.

8 Für Herrn Jost handle es sich nicht um eine Frage von Misstrauen. Für ihn gehe es darum,
9 dass man in Grundsatzfragendiskussionen Bereitschaft zeigen und Kritik nicht persönlich
10 nehmen soll. Konstruktive und notwendige Kritik könne nur dann von Nutzen sein, wenn sie
11 ohne die eigene Voreingenommenheit zur Kenntnis genommen werde. Er habe jedoch den
12 Eindruck, dass Kritik auch am Runden Tisch oftmals als persönlicher Angriff statt als kon-
13 struktives Element verstanden werde.

14 Frau Biondi gibt zu bedenken, dass Forschende und die Leute des Fachbereichs die Wun-
15 den der Betroffenen kennen würden, weil diese alles offen gelegt haben. Umgekehrt wissen
16 sie kaum Persönliches von ihren jeweiligen Gegenübern in der Forschung oder Verwaltung.
17 Dadurch bestehe ein Ungleichgewicht.

18 Frau Gautschi-Moser kann alle geäußerten Bedürfnisse und Kritiken nachvollziehen. Sie
19 könne gut verstehen, dass Menschen, die missbraucht wurden, darüber Kontrolle ausüben
20 möchten, wie heute über sie gesprochen wird. Was ihr persönlich in der Vergangenheit ge-
21 helfen habe, sei eine gedankliche Trennung zwischen denjenigen Menschen, die heute vor
22 ihr stehen und denjenigen, die ihr damals Leid zugefügt hatten. Sie bittet die Behördenvertre-
23 ter um Verständnis dafür, dass auf Seiten Betroffener dieses latente Misstrauen einfach vor-
24 handen sei. Und sie betont, dass es wichtig sei, dass auch die Betroffenen sich nicht gegen-
25 seitig zerfleischen. Es gebe bei allen jeweils eine Geschichte dahinter und es gehe darum,
26 nichts persönlich zu nehmen.

27 Herr Stucky hat ein wenig Mühe von den Voten von Herrn Jost und Frau Biondi; er freut sich
28 auf die anstehende wissenschaftliche Aufarbeitung. Er habe die Präsentationen von Frau Dr.
29 Schönholzer und Herrn Prof. Grob spannend gefunden und vertraue ihnen und ihrer Arbeit.
30 Er bezieht sich kurz auf das von Herrn Jost angesprochene *Peer*-Projekt, weil er dieses sel-
31 ber durchlaufen habe und heute als *Peer* agiere. Er würde sich freuen, wenn er dazu in der
32 Pause individuelle Fragen beantworten könne.

33 Für Frau Biondi ist es ein grosses Anliegen, dass die Geschehnisse in den wissenschaftli-
34 chen Arbeiten nicht beschönigt werden. Der Delegierte antwortet darauf, dass eine Wissen-
35 schaft, die beschönigen würde, keine Wissenschaft wäre.

36 Frau Dr. Schönholzer und Herr Prof. Grob bedanken sich bei allen Teilnehmenden des Run-
37 den Tisches. Sie hätten es als wertvoll empfunden, am Runden Tisch anwesend sein zu dür-
38 fen.

39 **3. Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen (UEK)**
40 **(Herr Prof. Dr. Martin Lengwiler, Frau Sara Zimmermann, Herr Elie Burgos)**

41 Herr Prof. Dr. Martin Lengwiler macht Ausführungen zum Verhältnis von UEK und NFP und
42 nimmt auf deren Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede Bezug:

43 Es gehe bei beiden Forschungsprojekten um das gleiche Anliegen, nämlich darum, einen
44 Beitrag zu einer breiteren gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung

1 und Anerkennung der Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzie-
2 rungen vor 1981 zu leisten.

3 Gemeinsamkeiten:

4 Bei beiden Arbeiten handle es sich um umfassende, grosse Projekte, die unterschiedliche
5 Opfergruppen beinhalten (der Auftrag der UEK bezieht sich auf die administrativ versorgten
6 Personen). Was einmal in den Schulbüchern dazu stehen werde, soll eine ähnliche Dimensi-
7 on erlangen, wie sie heute die Ausführungen zum 2. Weltkrieg haben. Beide Projekte haben
8 zudem eine kritische Haltung zu den Vorkommnissen und werden die Vergangenheit nicht
9 beschönigend darstellen. Schliesslich sei auch die Integration der Betroffenen für beide Ar-
10 beiten sehr wichtig: Es gehe nicht darum, dass sie nur als Untersuchungsobjekte analysiert
11 werden. Ihre Bedürfnisse sollen in die Arbeiten integriert werden.

12 Unterschiede:

13 Auch wenn diverse Gemeinsamkeiten existieren, so bestünden auch gewisse Unterschiede.
14 Strukturell sei die UEK eine relativ gut organisierte Gruppe, ein kollektives Forschungspro-
15 jekt, das etwa 30 Personen umfasse.
16 Beim NFP bestünden zwar strengere Regeln, jedoch existiere eine grössere thematische
17 Freiheit. Für die UEK gelte der Grundsatz, dass via Runder Tisch und über weitere Veran-
18 staltungen mindestens einmal pro Jahr zwischen den Vertretern der UEK und den Betroffe-
19 nen ein Austausch geführt werde.

20 Unterschiede bestünden aber auch inhaltlicher Art: Die UEK befasse sich ausschliesslich mit
21 den administrativen Versorgungen, was bedeute, dass die UEK thematisch entsprechend
22 enger forsche. Die UEK beschränke sich für die Analyse zudem zeitlich vor allem auf das 20.
23 Jahrhundert (bis 1981). Im NFP können hingegen Projekte bewilligt werden, die auch weiter
24 in die Vergangenheit oder in die Gegenwart reichen.
25 Schliesslich seien die Arbeiten zeitverschoben: Die UEK befände sich bereits in der zweiten
26 Hälfte ihrer Laufzeit und begänne sich bereits in Richtung Ziellinie zu orientieren. Das NFP
27 sei demgegenüber gerade erst lanciert worden und laufe noch bis ins Jahr 2024.

28 Abschliessend hält er fest, dass die Projekte sich untereinander verbunden fühlten; sie arbei-
29 teten zusammen und verfolgten das gleiche Ziel: die Aufarbeitung der Vergangenheit als
30 Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung des verursachten Leids.

31 Elie Burgos geht in der Folge näher auf den Austausch mit den Betroffenen ein, der für die
32 UEK von Beginn an sehr wichtig war und weiterhin sei. Der Dialog mit den Betroffenen stelle
33 eine wichtige Begleitung der Forschungsarbeit dar.

34 Im September 2015 habe die UEK im Staatsarchiv Bern das Forschungsproram vorge-
35 stellt, mit den anwesenden Betroffenen (RT) diskutiert und deren Inputs aufgenommen. Un-
36 ter Beachtung dieser Inputs sei das Forschungsdesign mit konkreteren Forschungsfragen
37 ausgearbeitet worden, das den Mitgliedern des Runden Tisches am 17. Oktober 2016 (13.
38 Runder Tisch) vorgestellt wurde. Die von den Betroffenen und weiteren Mitgliedern des Run-
39 den Tisches gemachten Inputs seien wiederum ins Forschungsdesign eingearbeitet worden.
40 Zudem habe im Oktober 2016 ein *World-Café* als Form des Dialogs mit einem weiteren Kreis
41 von interessierten und/oder betroffenen Personen stattgefunden. Die erste offene externe
42 Veranstaltung sei mit dem 1. Zwischenbilanzworkshop am 18. Januar 2017 in Bern durchge-
43 führt worden. An diesem Anlass seien erste Zwischenresultate präsentiert und diskutiert
44 worden. Nächstes Jahr solle im Mai 2018 wiederum in Bern der 2. Zwischenbilanzworkshop
45 stattfinden. Der Austausch mit Betroffenen wird aber auch in der Zwischenzeit fortgeführt.
46 Die Fragenstellungen seien nie in Stein gemeisselt, Inputs könnten jederzeit integriert wer-
47 den.

- 1 Die UEK und die Forschenden erlebten diese Austauschmöglichkeiten als sehr positiv. Für
2 sie sei es jeweils nicht möglich, einzuschätzen, wie die Forschungsfragen und
3 -zwischenresultate von den Betroffenen aufgenommen werden. Die Komplexität der Angele-
4 genheit sei zudem sehr hoch. Für die Kommission sei es aber wichtig, diese Fragen mit den
5 Betroffenen zu diskutieren.
- 6 Innerhalb des Dialogs verfolgten die Forschenden andere Interessen als die Betroffenen.
7 Das ergebe sich aus der Natur der Sache. Aber aus der Konvergenz ergebe sich der Wille,
8 zusammenzuarbeiten. Ziel sei es schlussendlich, dass die Betroffenen ihr individuelles
9 Schicksal mit der Komplexität des Phänomens verbinden und daher verstehen könnten.
- 10 Sara Zimmermann erklärt im Folgenden die verschiedenen Formen des Austausches, die
11 zwischen den Forschenden und den Betroffenen stattfinden.
- 12 Im Herbst 2018 (September oder Oktober, das Datum werde so rasch wie möglich bekannt
13 gegeben) solle wiederum ein Anlass zwischen den Forschenden der UEK und Betroffenen
14 stattfinden. In kleinen gemischten Gruppen sollen spezifischen Fragen diskutiert werden. Die
15 Ergebnisse sollen wiederum in die Forschungsarbeiten einfließen.
- 16 Das Generalsekretariat der UEK (Elie Burgos und Sara Zimmermann) sowie weitere For-
17 schende führten konstant einen individuellen Austausch mit Betroffenen. Die thematischen
18 Schwerpunkte dieser Gespräche beträfen Anliegen und Hinweise zur Forschungsarbeit, wie
19 z.B. Stigmatisierungen und Re-Stigmatisierungen, die Verwendung von spezifischen Begrif-
20 fen, der Umgang mit Biographien (verschiedene Themen von der Verwendung bis zur Archi-
21 vierung der Unterlagen), die Neutralität der Wissenschaft, Hinweise auf Presseartikel etc.
- 22 Das Generalsekretariat der UEK informiere die Kommission und die Forschenden jeweils
23 über die Hinweise und Anliegen.
- 24 Sara Zimmermann erläutert zudem die Rahmenbedingungen der Verwendung und der Ar-
25 chivierung der Interviews: Die Biographien der Betroffenen und die Interviews, die sie mit
26 Betroffenen geführt haben, seien für die Forschung sehr wichtig. Die Rahmenbedingungen
27 für die Verwendung der Interviews und Biografien würden jeweils vorab mit den Personen
28 geklärt und schriftlich vereinbart. Das Interview und die Unterlagen würden nur im Rahmen
29 des Forschungsprojekts der UEK genutzt und nicht anderen Forschungsprojekt oder Dritten
30 weitergegeben. Nach Ende der UEK würden alle Unterlagen der UEK dem Bundesarchiv zur
31 Übernahme angeboten werden, auch die Interviews. Die interviewte Person könne die Ein-
32 willigung geben, dass ihre Biografie bzw. Teile davon mit Namen oder aber anonym sowie
33 mit oder ohne Foto für die Publikationen der UEK verwendet werden darf. Ebenso könne sie
34 entscheiden, ob das Interview und allfällige weitere Unterlagen mit Namen oder anonym so-
35 wie mit oder ohne Foto ans Bundesarchiv weitergegeben werden. Diese Bedingungen könn-
36 ten bis zum Ende der UEK jederzeit geändert werden.
- 37 Frau Biondi bedankt sich bei Frau Sara Zimmermann und Herrn Elie Burgos für deren jewei-
38 lige prompte Antwort auf Anfragen und Hinweise und fügt bei, dass sie die gleiche positive
39 Erfahrung auch von vielen weiteren Betroffenen höre. Sie hoffe sehr, dass der Kampf und
40 das Misstrauen, das die Betroffenen bereits ein Leben lang verfolgten, mit dem Schlussber-
41 richt der UEK begraben werden könnten.
- 42 Herr Jost möchte gerne wissen, ob für diesen nächsten Workshop die Reisekosten über-
43 nommen werden. Er habe am letzten Workshop nicht teilnehmen können, weil er sich die
44 Anreise nicht leisten können (Handlungsunfähigkeit aufgrund mangelnder finanzieller
45 Möglichkeiten). Frau Sara Zimmermann informiert, dass die Reisespesen der Betroffenen bei
46 Bedarf bezahlt würden und auch für Verpflegung gesorgt sei.
- 47 Herr Cevey gibt zu bedenken, dass aus den Akten oft nicht das hervorgehe, was die Be-
48 troffenen tatsächlich erlebt haben. Er möchte wissen, wie die UEK mit dieser Tatsache um-

- 1 gehe. Herr Prof. Lengwiler antwortet darauf, dass aus diesem Grund so viele Interviews ge-
2 führt würden. Zudem suchten sie auch nach weiteren Unterlagen in den Akten, die nicht Be-
3 hördenquellen sind (Briefe, Interventionen von Familien, etc.); die Behördenquellen müssen
4 allerdings berücksichtigt werden, damit ein komplettes Bild wiedergegeben werden könne.
5 Es gehöre jedoch zur Grundausbildung aller HistorikerInnen, die Quellen zu hinterfragen
6 (woher stammt die Quelle, wer hat die Quelle verfasst, etc.) und entsprechend einzuordnen.
7 Der Delegierte fügt dem bei, dass es für die Wissenschaft gerade sehr wichtig sei, dass alle
8 Perspektiven untersucht würden. Zwingenderweise müssen alle Perspektiven zu einer Situa-
9 tion konfrontiert werden.
- 10 Frau Biondi möchte wissen, wie unbefangen die Forschenden seien. Könne es sein, dass
11 sich in der Generation der Eltern der Forschenden verwandte oder bekannte ehemalige
12 Vormünder oder Polizisten etc. befänden? Herr Prof. Lengwiler gibt an, dass dies nicht über-
13 prüft werde, die Forschenden beim Anstellungsgespräch aber nach ihrem persönlichen Be-
14 zug zum Thema gefragt würden. Es gehöre zum Berufsethos der Wissenschaftler, Quellen-
15 inhalte nicht blind zu übernehmen. Bereits Studierende im ersten Semester würden lernen,
16 dass sie Quellen nicht trauen dürften und dass sie einzelnen Wörter – z.B. der Verwendung
17 des Worts „liederlich“ – nachgehen und sich die Frage stellen müssten, wieso nicht ein ande-
18 res Wort gewählt worden sei.
- 19 Herr Jost hat von einer allfälligen Befangenheit der Forschenden keine Angst. Die UEK habe
20 bewiesen, dass sie sorgfältig arbeite und das ihr entgegengebrachte Vertrauen respektiere.
21 Allerdings würden die Forschenden sich ausserhalb der eigenen Realität bewegen. So wie
22 z.B. nur ein Blinder die Problematik der Blindheit in vollem Umfang erfassen könne sei dies
23 oft auch mit den Bedürfnissen der Betroffenen. Deshalb erachtet er eine Begleitung durch
24 Betroffene immer als notwendig.
- 25 Der Delegierte betont nochmals, dass die unterschiedliche Integration der Betroffenen im
26 NFP und der UEK nicht etwa daher komme, dass unterschiedliche Ansätze verfolgt würden,
27 sondern weil der Forschungsstand von UEK und NFP noch sehr unterschiedlich sei.
- 28 Auch Herr Prof. Grob betont nochmals, dass die Grundhaltungen vergleichbar seien, die
29 UEK in ihrer Forschungsarbeit aber schon weiter sei und zudem eine spezifische Fokussie-
30 rung auf den administrativen Versorgungen verfolge. Das NFP sei dagegen thematisch viel
31 breiter angelegt, gewisse Dinge seien noch in Planung: Konkretere Schritte seien zum aktu-
32 ellen Zeitpunkt noch nicht definiert. Allerdings sei der nächste Schritt nun im August die Prä-
33 sentation der Skizzen und danach die Festlegung der Bedingungen für die einzelnen Projek-
34 te. Dies finde unter Einbezug von individuellen Personen und Institutionen statt, die für das
35 Thema relevant seien. Eine weitere Konkretisierung habe noch nicht stattgefunden.
- 36 Der Delegierte verweist zudem auf einen weiteren wesentlichen Unterschied zwischen dem
37 NFP und der UEK: Die UEK habe selber entscheiden können, welche Projekte sie in Auftrag
38 gebe und welche Arbeiten sie vergebe. Dazu konnte Stellung bezogen werden. Beim NFP
39 sei es gerade umgekehrt: Forschende reichten Projekte (Skizzen) ein und gestützt auf die
40 Gesamtsicht der eingereichten Skizzen könne dann überlegt werden, ob noch Lücken be-
41 ständen, ob Gefahr bestehe, dass zu viele Projekte die gleiche Perspektive vertreten wür-
42 den, etc. Die Leitungsgruppe könne das Gespräch mit den Forschenden suchen, sei aber
43 auf das Material angewiesen, das eingereicht werde. Herr Prof. Grob fügt noch an, dass ein
44 Zweit-Aufruf zu konkreten spezifischen Themen gemacht werden könne, falls der Call zu
45 wenige Projekte in einem bestimmten Themenbereich generiere.
- 46 Frau Dr. Schönholzer ergänzt, dass die Ausschreibung vom Bundesrat verabschiedet wor-
47 den sei und entsprechend nicht mehr abgeändert werden könne. Es könne allerdings durch-

1 aus sein, dass diese 25-35 Publikationen am Ende der jeweiligen Forschungsarbeit sehr
2 unterschiedliche Ergebnisse präsentierten. Aufgrund der Forschungsfreiheit der Forschenden
3 dürften diese z.T. unterschiedliche Sichtweisen auf das Gesamtthema haben. Der Synthesebericht
4 allerdings werde einheitlich und auch im Lichte der Ergebnisse der UEK und
5 weiterer Forschungsarbeiten verfasst werden.

6 Herr Jost schilderte die Erlebnisse, die eine bekannte Betroffene aufgrund ihrer Sehschwäche
7 mit der Obvita und der IV gemacht habe. Obvita sei eine Organisation, in der selber viele
8 «Betroffene» arbeiteten, d.h. Menschen, die die Anliegen der Klienten genau nachvollziehen
9 könnten. Die Art der Begegnung mit diesen Menschen sei eine ganz andere, was sehr geschätzt
10 werde, da man sich als selber Betroffener verstanden fühle. Die Art der Hilfe, sowie
11 auch die Form in welcher diese geleistet wurde, hat laut Aussagen der Betroffenen ihre eigene
12 Lebensqualität zudem wesentlich verbessert.

13 Herr Bresch vertritt im Namen von Herrn Armin Meier das Anliegen des Vereins Fremdplatziert,
14 wonach die Anbringung von Denkmälern in Heimen, in denen die Betroffenen untergebracht
15 waren, an die Hand genommen werden solle. Der Delegierte bittet darum, dieses
16 Thema auf den Nachmittag zu verschieben, und beim Traktandum „Vollzug des Gesetzes“
17 zu besprechen. Weiter möchte Herr Bresch wissen, welche substantielle Hilfe für jüngere
18 Opfer geleistet werde resp. ob allgemein eine Berücksichtigung der Auswirkungen der ehemaligen
19 Erlebnisse auf die aktuelle Situation der Betroffenen stattfindet. Der Delegierte antwortet
20 ihm, dass die Analyse der Auswirkungen auf die heutige Situation der Betroffenen eines der fünf
21 Forschungsschwerpunkte des NFP 76 darstelle. Es werde dafür sogar ein grosser finanzieller
22 Betrag eingesetzt, da diese Analyse ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Aufarbeitung
23 darstelle. Auf die erneute Intervention von Herrn Bresch, ob, falls ein klarer Schaden festgestellt
24 werden könne, denn auch ein Aktionsplan folgen würde, antwortet der Delegierte, dass es
25 auch Zweck der Forschungsprogramme sei, allfälligen Handlungsbedarf zu orten und
26 herauszuschälen. Falls im Bereich der Sozialversicherungen, Krankenversicherung oder Sozialhilfe
27 Lücken bestünden, könne es durchaus sein, dass entsprechende politische Initiativen folgen
28 würden, um diese zu füllen.

29
30 Der Delegierte bedankt sich für die verschiedenen und auch sehr wichtigen Inputs und ist
31 davon überzeugt, dass diese in die weiteren Arbeiten und Überlegen zum Vorgehen des
32 NFP einfließen werden. Unbestritten sei, dass der Einbezug der Betroffenen unumgänglich
33 sei.

34 Unterbruch der Sitzung für die Mittagspause um 12.45 Uhr

35 **4. Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen** 36 **und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG)**

37 *[Wiederaufnahme der Sitzung um 13.50 Uhr]*

38 Der Delegierte bedankt sich nochmals bei allen für die konstruktive Mitarbeit am Vormittag.

39 **4.1. Gesetz und Verordnung**

40 Im Folgenden informiert er über die Arbeiten, die sich im Zusammenhang mit dem Vollzug
41 des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und
42 Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) und der ausführenden Verordnung (AFZFV) ergeben
43 haben. Beide Erlasse sind am 1. April 2017 in Kraft getreten.
44

1 **4.2. Stand Bearbeitung Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag**

2 Der Stand der bisher eingegangenen Gesuche beläuft sich auf aktuell gut 2'400 Stück. Dies
3 sind etwas weniger, als der Bundesrat erwartet und erhofft hätte. Natürlich hätten sich alle
4 Beteiligten erhofft, dass die Gesuche gestaffelt eintreffen würden. Gerade auch wegen der
5 aufwendigen Unterstützungsarbeit, welche die Anlaufstellen und die Archive zu leisten ha-
6 ben. Dennoch sei der Delegierte von einer höheren Gesamtzahl ausgegangen.

7 Nicht zuletzt deswegen werde der Delegierte zusammen mit Herrn Regierungsrat Peter
8 Gomm als Vertreter der Kantone bzw. als Präsident der Sozialdirektorinnen- und Sozialdirek-
9 torenkonferenz am 6. Juli 2017 eine Medienkonferenz durchführen, um nochmals auf die
10 Möglichkeit der Gesuchseinreichung aufmerksam zu machen und eventuelle Ängste bei Be-
11 troffenen möglichst abzubauen. Selbstverständlich seien sich der Bund und die SODK be-
12 wusst, dass nicht alle Betroffenen ein Gesuch stellen wollten und gewisse Opfer sogar be-
13 wusst darauf verzichten würden.

14 Zudem seien für den September dieses Jahres noch weitere Aktionen geplant, mit denen
15 gezielt über die Möglichkeit zur Gesuchseinreichung informiert werde. So sollten etwa Artikel
16 in Formaten wie der Migros- oder Coopzeitung, der Schweizer Illustrierten etc. erscheinen
17 oder es sollen gezielte Informationsschreiben an Alters- und Pflegeheime oder an die KESB
18 versendet werden. Es geht darum, möglichst alle Medien und Kanäle zu nutzen, mit denen
19 Betroffene erreicht werden können.

20 Der Delegierte ruft zudem alle Mitglieder des Runden Tisches auf, ihre jeweiligen Kanäle und
21 Kontakte zu nutzen und als Informations- sowie Aufforderungsmultiplikator zu agieren, damit
22 möglichst alle betroffenen Personen mit den notwendigen Informationen erreicht werden
23 können. Wenn man aufgrund des bisherigen Verlaufes der Gesuchseingänge heute eine
24 Hochrechnung bis zum Ablauf der Gesuchseingabefrist machen würde, dürfte dannzumal
25 der Schwellenwert von 12'000 Gesuchen wohl nicht überschritten werden. Das würde dann
26 auch bedeuten, dass man auf eine Ausrichtung des Solidaritätsbeitrags in zwei Teilzahlun-
27 gen verzichten könnte und den Maximalbeitrag von Fr. 25'000.- pro Opfer in einer Einmal-
28 zahlung ausrichten könnte.

29 **4.3. Finanzierung Solidaritätsbeiträge – Gespräche mit den Kantonen**

30 Der Delegierte bekräftigt, dass die Finanzierung der Solidaritätsbeiträge gesichert sei. Falls
31 dies erforderlich sein sollte, werde der Bund für den ganzen Betrag (300 Mio. Franken) auf-
32 kommen. Vorgesehen sei allerdings, dass sich auch die Kantone und weitere Akteure an der
33 Finanzierung beteiligen. In seiner Botschaft habe der Bundesrat eine Beteiligung der Kanto-
34 ne zu rund einem Drittel vorgesehen. Der Delegierte hatte die Möglichkeit, via Vermittlung
35 des Generalsekretariats der SODK in verschiedenen Regionalkonferenzen der SODK vor-
36 sprechen zu dürfen. Seine Botschaft an diesen Präsentationen sei jeweils gewesen, dass
37 weniger die absolute Höhe des jeweiligen Beitrags eines Kantons wichtig sei, sondern viel-
38 mehr die möglichst geschlossene Beteiligung aller Kantone an den freiwilligen Zuwendun-
39 gen, um die Solidarität gegenüber den Betroffenen zum Ausdruck zu bringen und die staatli-
40 che Anerkennung des erlittenen Leids mit ihrer finanziellen Mitwirkung zu unterstreichen. Im
41 Übrigen hätten sich schon sechs Gemeinden mit grösseren und kleineren freiwilligen Zu-
42 wendungen an der Finanzierung beteiligt.

43

1 **4.4. Selbsthilfeprojekte**

2 Zu diesem Thema seien bereits ein Merkblatt, ein Gesuchsformular sowie weitere Dokumen-
3 te und Informationen zur Erarbeitung und Einreichung von Selbsthilfeprojekten auf der
4 Website des Fachbereiches im BJ aufgeschaltet worden. Der Fachbereich sei nun bereit,
5 entsprechende Gesuche zu prüfen. Mittlerweile sei bereits ein Gesuch formell eingereicht,
6 dann aber später wieder zurückgezogen worden. Ein anderes Gesuch sei dem Delegierten
7 zumindest bereits angekündigt worden.

8 Der Delegierte weist darauf hin, dass der Fachbereich gerne dazu bereit sei, vor einer defini-
9 tiven Gesuchseinreichung im Rahmen eines informellen Vorgesprächs Details zu klären.

10 **4.5. Weitere Massnahmen**

11 Bereits am Vormittag habe Herr Bresch die Frage betreffend die Schaffung von Zeichen der
12 Erinnerung aufgeworfen. Hier liege die Hauptverantwortung bei den Kantonen. Der Bund
13 habe die Aufgabe, dazu beizutragen, dass die Kantone etwas in diese Richtung unternäh-
14 men. Der Delegierte sei selber schon von verschiedenen Opfern resp. Opfervetretern ange-
15 sprochen worden, damit er jeweils bei der Kontaktaufnahme mit dem Kanton vermittele, was
16 er gerne übernehme.

17 Der Delegierte sei auch darauf aufmerksam gemacht worden, dass ein privates Archiv be-
18 stehe mit Akten zu einer privaten Aktion, bei der knapp 200 tibetische Kinder in den 1960er-
19 Jahren in die Schweiz geholt wurden. Bei dieser Aktion bestehe ein Konnex zum Thema der
20 fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und somit auch zum AFZFG. Kurz nach Inkrafttreten
21 des Gesetzes habe er den Kontakt mit den Nachkommen des Initianten dieser Aktion ge-
22 sucht und sie darauf aufmerksam gemacht, dass sie eine Aufbewahrungspflicht und eine
23 Pflicht zur Zugänglichmachung zu diesen Unterlagen hätten. Um die Sicherung und insbe-
24 sondere dann auch um die spätere Zugänglichmachung dieser Akten zu gewährleisten, habe
25 sich das Bundesarchiv in ersten Gesprächen mit dem Delegierten zur Aufnahme dieser Un-
26 terlagen aus dem Nachlass in seine Bestände bereit erklärt.

27 Frau Szöllösy entschuldigt sich zunächst dafür, dass sie aufgrund einer Terminkollision nicht
28 an der Vormitagssitzung anwesend sein konnte. Auch die SODK habe vorerst die Inkraftset-
29 zung des AFZFG abgewartet. Am 24. November 2017 werde eine Plenarversammlung statt-
30 finden. Für diese sei eine erste Umfrage geplant, um abzuklären, wie weit die Planung von
31 Zeichen der Erinnerung in den einzelnen Kantonen bereits vorangeschritten sei. Auch die
32 Beteiligung am Kredit für die Solidaritätsbeiträge werde dort nochmals angesprochen wer-
33 den. Aufgrund der Abläufe im Budgetprozess der Kantone könnten die dafür erforderlichen
34 Abklärungen und die notwendigen Vorkehrungen allerdings noch länger dauern. Sie weist
35 nochmals darauf hin, dass die SODK den Kantonen nichts vorschreiben, sondern nur Emp-
36 fehlungen machen könne. Aber diese würden in der Regel befolgt.

37 Regierungsrat Martin Klöti (FDP, SG) werde ab August 2017 Herrn Regierungsrat Peter
38 Gomm als Präsidenten der Konferenz (SODK) ablösen. Peter Gomm sei bei den Wahlen
39 nicht mehr als Regierungsrat angetreten und seine Amtszeit werde entsprechend Ende Juli
40 enden. Auch Herr Klöti habe ihr gegenüber signalisiert, dass ihm das Anliegen sehr wichtig
41 sei.

42 Beim Anlaufstellentreffen vom 6. März 2017 hätten die Anlaufstellen bekannt gegeben, dass
43 sie bis im Februar 2017 gesamthaft rund 3000 Personen im Zusammenhang mit fürsorgeri-
44 schen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 beraten haben.

- 1 Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass die SODK zusammen mit dem BJ, der ADK und
2 dem schweizerischen Gemeindeverband Ende März ein Schreiben verfasst habe, das an
3 alle Schweizer Gemeinden verschickt worden ist. Darin hätten sie die Gemeinden über die
4 neu in Kraft getretenen gesetzlichen Grundlagen (AFZFG und AFZFB) informiert und ihnen
5 erklärt, welche Aufgaben und Verpflichtungen damit verbunden und neu auf die Gemeinden
6 zugekommen sind.
- 7 Frau Studer stellt erfreut fest, dass im Bereich der Archive seit dem Inkrafttreten des AFZFG
8 weitreichende Verbesserungen auszumachen seien. Die Staatsarchive würden ihre Aufga-
9 ben wahrnehmen und die Leute nicht einfach an die Gemeinden weiterschicken. Ein Schrei-
10 ben, das das BJ Mitte April an alle Staatsarchive verschickt habe, um diesen nochmals alle
11 in Kraft getretenen Neuerungen in Erinnerung zu rufen, habe das seine dazu beigetragen.
12 Die grossen Archive hätten allesamt zusätzliches Personal eingestellt. Die Zusammenarbeit
13 der Staatsarchive mit den Anlaufstellen funktioniere sehr gut. Betreffend Suchergebnisse
14 könne sie festhalten, dass in den meisten Fällen zumindest ein Anhaltspunkt in den Akten
15 ausfindig gemacht werden könne, der die Aussagen der Betroffenen belege.
- 16 Herr Jost möchte von Frau Szöllösy wissen, inwiefern für jüngere Betroffene, die noch im
17 arbeitsfähigen Alter sind, Massnahmen getroffen werden, sodass diese sich eine Lebens-
18 grundlage schaffen könnten.
- 19 Frau Szöllösy antwortet ihm, dass für diese Personengruppe keine spezifischen Angebote
20 geplant seien. Allerdings werde für unterschiedliche Anspruchsgruppen im Bereich der Ar-
21 beitsmarktintegration viel unternommen, um Menschen mit besonderen Bedürfnissen (vor-
22 läufig Aufgenommene, Behinderungen, IV- und Sozialhilfe Beziehende, Arbeitslose) speziell
23 zu fördern. Diese unterschiedlichen Bedürfnisgruppen können mit den Opfern von fürsorgeri-
24 schen Zwangsmassnahmen natürlich eine Schnittmenge bilden. Entsprechend sei es durch-
25 aus denkbar, dass auch sie von Massnahmen zur Integration in den 1. oder 2. Arbeitsmarkt
26 profitieren. Allerdings seien diese Programme eine kantonale Angelegenheit und diese vari-
27 ierten entsprechend von Kanton zu Kanton. Sie nehme sein Anliegen, dass konkret für die
28 Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen noch zu wenig gemacht werde, gerne auf.
29 Auch der Delegierte hält in diesem Zusammenhang fest, dass das Thema von Herrn Bresch
30 am Vormittag bereits angesprochen wurde. Die dafür ins Leben gerufene AG U65 habe nach
31 einer ersten guten Sitzung leider keine Fortsetzung gefunden. Der Delegierte sei sich be-
32 wusst, dass Opfer dieser Altersgruppe sich teilweise in schwierigen Situationen befänden.
- 33 Frau Wenger weist darauf hin, dass sie aus vielen Gemeinden schöne Rückmeldungen und
34 auch bereits mehrere Anfragen erhalten habe, wohin diese das Geld zur Mitfinanzierung der
35 Solidaritätsbeiträge überweisen sollen.
- 36 Herr Cevey berichtet von einem Erlebnis, das ihm persönlich widerfahren sei: Er hätte eine
37 neue Stelle antreten können, die mit sehr hohen Spesen verbunden gewesen wäre, weil es
38 Teil der Arbeit gewesen wäre, unterschiedliche Stellen aufzusuchen und zu betreuen. Diese
39 Fahrkosten hätte er aber selber übernehmen müssen. Weil er sich das nicht hätte leisten
40 können und darum die Stelle abgelehnt habe, sei ihm dann von Behördenseite vorgeworfen
41 worden, er würde lieber von der Sozialhilfe leben als zu arbeiten.
- 42 Dem Delegierten ist vor kurzem von einer ähnlichen Geschichte berichtet worden: Einer von
43 fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffenen Person sei wegen Eigenbedarf der Ver-
44 mieter die Wohnung gekündigt worden. Die Person habe aber keine neue Wohnung finden
45 können. Danach sei ihr die EL gekürzt worden. Die Argumentation sei gewesen, dass sie ja
46 ohne fixe Mietzinskosten tiefere Ausgaben habe und entsprechend weniger EL benötige. Der
47 Delegierte sei sich also durchaus bewusst, wie absurd und teils auch unmenschlich sich ge-
48 wisse von Gesetzen unbeabsichtigt geschaffenen Realitäten auswirkten.

1 Der Delegierte bittet die Mitglieder des Runden Tisches nochmals, dass wirklich alle darauf
2 hinarbeiten und sich dafür einsetzen sollten, dass alle Betroffenen erreicht und mehr Gesu-
3 che eingereicht werden. Die Hemmschwelle gewisser Betroffener dazu müsse unbedingt
4 gesenkt werden. Er erwähnt verschiedene Vorkommnisse, die äusserst bedauernswert sei-
5 en, weil sie die Betroffenen von der Einreichung der Gesuche abschrecken würden und in
6 Zukunft darum vermieden werden müssten:

- 7 – Sei dies, dass Leute in der Öffentlichkeit sich äusserten, dass das Gesuchsformular
8 kompliziert zum Ausfüllen sei;
- 9 – oder sei es, dass der Betrag des Solidaritätsbeitrags als beschämend gering be-
10 zeichnet werde. Denn dies habe eine negative Wirkung auf Betroffene, die eigentlich
11 gerne ein Gesuch stellen würden und sich dadurch beeinflussen lassen.
- 12 – Es gebe auch Beistände von Betroffenen, die sich nicht für ihre Mandanten einset-
13 zen, weil diese ihrer Ansicht nach bereits dement seien und ihrer Meinung nach
14 nichts mehr vom Solidaritätsbeitrag hätten.
- 15 – Es gebe auch Leute, die vom BJ verlangen würden, dass gar kein Gesuch gestellt
16 werden müsse: dies müsse von der Behörde aus kommen. Die Behörde solle selbst
17 herausfinden, wer als Opfer in Frage komme und solle dann alle Akten zusammen-
18 suchen und das Geld schicken. Es könne dieser Meinung nach nicht sein, dass die
19 Betroffenen nun schon wieder bei den Behörden als Bittsteller auftreten müssten. Der
20 Delegierte hält zu dieser Forderung fest, dass das BJ einerseits nicht im Bild über die
21 einzelnen Opfer sei, geschweige denn über deren Adressen verfüge. Andererseits
22 wäre das auch eine grosse Einmischung in das Privatleben dieser Menschen. Es ge-
23 be Opfer, die sogar ihrem engsten Umfeld nie von ihrer Vergangenheit berichtet ha-
24 ben. Es gebe Adoptierte, die nicht wissen, dass sie damals den Eltern weggenom-
25 men worden sind, etc. Hier könne das Bekanntwerden der Opfereigenschaft bei An-
26 gehörigen oder das nachträgliche Erfahren von familiären Beziehungen nach so lan-
27 ger Zeit grosse Schäden und erneute Traumatisierungen auslösen. Er könne nicht
28 nachvollziehen, dass Menschen, die von ihrer Ausbildung her durchaus mehr Ver-
29 ständnis für die vorliegende Situation aufbringen sollten, derartige Forderungen ans
30 BJ richten würden.

31 Frau Biondi berichtet von einem Opfer, dessen Familie nichts von seiner Vergangenheit wis-
32 se und das deswegen nun Angst habe, ein Gesuch einzureichen. Der Delegierte weist da-
33 rauf hin, dass dieser Wunsch im Gesuch entsprechend angegeben werden soll. Diesen kön-
34 ne der Fachbereich bei der Gesuchsbehandlung respektieren; das stelle absolut kein Prob-
35 lem dar. Für Frau Biondi ist es wichtig, dass auf diese Möglichkeit explizit in den Medien hin-
36 gewiesen werde.

37 Herr Cevey meint, dass den Anlaufstellen alle Adressen der Opfer bekannt seien und diese
38 mit den Opfern in Kontakt treten könnten. Der Delegierte erwidert, dass diese das gleiche
39 Problem wie das BJ hätten: Auch diese verfügen nur über die Kontaktadressen derjenigen
40 Opfer, die ursprünglich den Kontakt zu ihnen gesucht haben. Sowohl das BJ, die Archive als
41 auch die Anlaufstellen nehmen mit Opfern Kontakt auf, sofern sie in der Vergangenheit ir-
42 gendwann einmal den Hinweis erhalten hatten, dass jemand Opfer sei und Interesse am
43 Solidaritätsbeitrag bestehe. Dies sei aber nur dann möglich, wenn vorgängig ein entspre-
44 chender Kontakt stattgefunden habe. Es sei für alle Involvierten ein grosses Anliegen, den
45 Aufwand für die betroffenen Personen möglichst gering zu halten.

46 Herr Stucky führt die Angst gewisser Betroffener aus, dass die Ziffern B.3 und B.4 des Ge-
47 suchsformulars allenfalls nicht zur Zufriedenheit des BJ ausgefüllt und geliefert werden könn-
48 ten. Die Angst bestehe, dass dieses vermeintliche Ungenügen dazu führe, dass die Opferei-
49 genschaft dieser Betroffenen womöglich verneint werden könnte. Dies würde zu einer erneu-

1 ten seelischen Verletzung führen und halte deshalb viele Personen davon ab, ein Gesuch
2 einzureichen.
3 Der Delegierte bedankt sich für diesen Hinweis und macht darauf aufmerksam, dass eben
4 kein strikter Beweis der Opfereigenschaft geliefert werden müsse sondern dass eine bloss
5 Glaubhaftmachung genüge. Bei gewissen Personen seien zudem tatsächlich gar keine Un-
6 terlagen mehr vorhanden, weil die Behörden deren Vernichtung angeordnet hätten. Es dürfe
7 nicht sein, dass diese Personen wegen dieses behördlichen Handelns noch zusätzliche
8 Nachteile erwachsen würden und ihnen dadurch weiteres Unrecht angetan werde. Es kom-
9 me darauf an, dass die geschilderte Geschichte in sich schlüssig sei, einen inneren Zusam-
10 menhang aufweise und glaubwürdig sei. Es könne aber indessen nicht darauf verzichtet
11 werden, dass die gesuchstellenden Personen gewisse Angaben zur Opfereigenschaft ma-
12 chen müssten. Dies sei nicht zuletzt auch zum Schutz der Opfer nötig, um die echten Opfer
13 von den blossen Trittbrettfahrern unterscheiden zu können und um zu verhindern, dass letz-
14 tere ungerechtfertigt zu einem Solidaritätsbeitrag kommen.

15 Herr Jost fragt hinsichtlich des Anliegens von Herrn Bresch, ob denn die beratende
16 Kommission nicht auch einmal an Versammlungen von Opferorganisationen teilnehmen
17 könnte, um im direkten Gespräch die Ängste dieser Betroffenen zu nehmen. Der Delegierte
18 erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sein sollte. Er selber sei auch schon einmal an einer
19 Veranstaltung des Vereins Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption anwesend ge-
20 wesen.

21 Herr Jost stimmt dem Delegierten in seinen Ausführungen betreffend Solidaritätsbeitrag zu,
22 aber er bleibe dabei, dass der (viel zu geringe) Beitrag seiner Ansicht nach eine Beleidigung
23 für die Opfer sei. Der Delegierte erwidert, dass der Beitrag für viele Betroffene viel Geld be-
24 deuten würde und das Gesetz schlicht nicht zustande gekommen wäre, wenn ein höherer
25 Solidaritätsbeitrag festgesetzt worden wäre.

26 Herr Ryter bemerkt, dass Betroffene teilweise nicht wüssten, wo sie das Gesuchsformular
27 beziehen könnten. Schliesslich wurde noch die Frage aufgeworfen, ob denn die Beratung
28 der kantonalen Anlaufstellen gratis sei, was vom Delegierten bejaht wurde.

29 Frau Gautschi-Moser sagt, dass sie mit einer Freundin, die in einem Altersheim arbeite, über
30 dieses Thema gesprochen habe. Auch wenn sie den geplanten Aufruf bei den Altersheimen
31 begrüsse, müsse man akzeptieren, dass gewisse Menschen einfach nichts mehr vom Staat
32 hören möchten. Zudem dürfe beim Aufruf bei den Altersheimen auch nicht der Eindruck er-
33 weckt werden, dass viel Aufwand auf sie zukomme, wenn sie potentielle Betroffene auf die
34 Möglichkeit der Gesuchseinreichung hinweisen. Vor allem müsse klargestellt werden, dass
35 nicht die Altersheime, sondern die kantonalen Anlaufstellen beim Gesuchsausfüllen Hilfe
36 leisten. Sonst würden sich die Altersheime querstellen und diese Informationen bei den Be-
37 wohnerinnen und Bewohnern nicht weiterverbreiten.

38 Frau Affentranger Weber nimmt dieses Anliegen auf. Sie wusste bisher auch nicht, dass ge-
39 wisse Beistände ihre Mandanten vom Stellen eines Gesuchs abhielten. Sie werde darum
40 besorgt sein, dass sie in ihrer Fachzeitschrift einen Artikel platzieren könne, um die involvie-
41 ren Personen korrekt zu informieren. Frau Wider stellt klar, dass nicht der Eindruck erweckt
42 werden dürfe, dass einzelne negative Vorkommnisse die allgemeine Situation wiedergeben
43 würden. Sie wäre dankbar zu wissen, in welchen Fällen Beistände ihre Mandanten von einer
44 Gesuchseinreichung abgehalten haben.

45 **5. Neuer Fachbereich FSZM**

46 Für die Bearbeitung aller Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag wurde im BJ ein zeitlich auf
47 maximal vier Jahre befristeter Fachbereich geschaffen. Dies entspricht dem Willen des Ge-

1 setzgebers. Dass dies möglich war, sei angesichts der aktuellen politischen Lage nicht
2 selbstverständlich. Es zeige aber auch, dass sich die Politik der Wichtigkeit des Themas be-
3 bewusst sei. Reto Brand leitet diesen Fachbereich und stellt in der Folge den Fachbereich und
4 dessen Mitarbeitenden einzeln kurz vor. Die Stellvertreterin von Herrn Brand ist Frau Iris
5 Widmer, ebenfalls Juristin, die sich schon länger mit dem Dossier FSZM befasst hat. Glei-
6 ches gilt auch für Frau Patricia Kaiser, die neben der Sachbearbeitungsfunktion nicht zuletzt
7 juristischen Support bei vielen Abklärungen leistet. Claudia Scheidegger (Koordination) und
8 Janine Mauerhofer sind als Sachbearbeiterinnen vielen Teilnehmenden des Runden Tisches
9 schon seit längerem bekannt. Frau Emilie Manfrini ist französisch- und italienischsprachig
10 und hat die Bearbeitung der Dossiers aus der West- und Südschweiz übernommen. Mit ih-
11 rem kommunikationswissenschaftlichen Background betreut sie darüber hinaus auch die
12 Website des Delegierten und diejenige des Fachbereichs. Das Sekretariat des Fachberei-
13 ches schliesslich betreuen Frau Laura Travaglini (Leitung), Frau Heidi Spori und Frau Mi-
14 chelle Kiener.

15 **5.1. Rolle und Arbeit des Fachbereichs**

16 **5.1.1 Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag**

17 Herr Brand führt weiter aus, dass die primäre Aufgabe des Fachbereichs die Bearbeitung der
18 Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag sei. Die Gesuche kämen direkt via Post oder elektro-
19 nisch von den Anlaufstellen ins Sekretariat und würden dort elektronisch erfasst. Nach dem
20 Einscannen würden die Unterlagen in Papierform nach kurzer Zeit «geschreddert». Die Da-
21 ten würden in einem besonders geschützten System des BJ (Datenbank namens «Trova») er-
22 fasst und abgelegt. Der Datenschutz sei so in besonderem Masse gewahrt; Zugang zu den
23 Daten hätten ausschliesslich nur die Mitarbeiter des Fachbereiches sowie die Systemadmi-
24 nistration. Teilweise müsse das Sekretariat den Kontakt zu den gesuchstellenden Personen
25 suchen, da teilweise Unterlagen fehlten oder Ausführungen unvollständig seien. In einem
26 zweiten Schritt erfolge die eigentliche Sachbearbeitung. Hier sei es die Aufgabe der Sachbe-
27 arbeiterinnen, die Angaben der gesuchstellenden Personen nachzuprüfen, diese mit den
28 vorhandenen Akten abzugleichen und ggf. weitere erforderliche Auskünfte einzuholen. Im
29 Kern gehe es darum, zu eruieren, ob aufgrund der zusammengetragenen Informationen die
30 Opfereigenschaft einer gesuchstellenden Person als glaubhaft gemacht gelten könne. Dar-
31 über hinaus solle mit allen gesuchstellenden Personen nach Möglichkeit auch der persönli-
32 che Kontakt (Telefongespräch) gesucht werden.

33 Die beratende Kommission (Cocosol) bekomme jeweils eine Liste, in der alle geprüften und
34 zum Entscheid vorgesehenen Gesuche mit den jeweiligen Schlüsseldaten (z.B. Name, Dos-
35 sier-Nr. beabsichtigter Entscheid) aufgeführt werden. Die Mitglieder der Cocosol könnten
36 dann bei Bedarf bzw. auf Wunsch beim BJ einzelne Gesuche und deren Unterlagen konsul-
37 tieren und weitere Auskünfte einholen und ggf. die Traktandierung an einer nächsten Coco-
38 sol-Sitzung verlangen.

39 Falls ein Gesuch abgelehnt werde, habe die gesuchstellende Person immer die Möglichkeit,
40 dagegen eine Einsprache zu machen und allenfalls noch Unterlagen oder Angaben nachzu-
41 liefern. Sollte auch die Einsprache abgewiesen werden, könne der Entscheid mit einer Be-
42 schwerde ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Falls sich eine Rechtsfrage
43 von grundsätzlicher Bedeutung stelle, könne ein solcher Entscheid gar ans Bundesgericht
44 weitergezogen werden.

45 **5.1.2 Selbsthilfeprojekte**

46 Eine weitere Aufgabe des Fachbereichs sei die Prüfung von Selbsthilfeprojekten von Be-
47 troffenen- und Opferorganisationen. Die Gewährung solcher Finanzhilfen sei überdies nicht

1 auf die Dauer des maximal vierjährigen Bestehens des Fachbereichs beschränkt, das Ge-
2 setz (AFZFG) gelte ja weiter. Die eingereichten Projekte könnten sehr vielfältig sein. Wie
3 bereits vom Delegierten ausgeführt, stünden ein Merkblatt, ein Gesuchsformular und weitere
4 erforderliche Unterlagen und Informationen online auf der Website des BJ zur Verfügung.

5 **5.1.3 Koordinations- und Vollzugsfunktionen**

6 Im Bereich der Valorisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung komme
7 dem Fachbereich auch gewisse Koordinations- und Vollzugsfunktionen zu. Insbesondere
8 deshalb, weil die wissenschaftliche Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen sei bzw. sich erst
9 in der Startphase befinde (NFP 76), stünden diese Aufgaben gegenwärtig noch nicht prioritär
10 zum Umsetzung an. Der Fachbereich werde sich allerdings rechtzeitig darum kümmern und
11 überlegen, wie diese gesetzliche Aufgabe umgesetzt und wie Projekte unterstützt werden
12 könnten.

13 Ab dem 1. April 2018 könne damit begonnen werden, die ersten formellen Entscheide betref-
14 fend die individuelle Gewährung eines Solidaritätsbeitrags diejenigen gesuchstellenden Per-
15 sonen zuzustellen, die nachweislich ganz schwer erkrankt oder hoch betagt sind. Parallel
16 dazu werden bereits auch schon die ersten Auszahlungen vorbereitet sein, so dass diejeni-
17 gen Personen den Entscheid bzw. ihren Solidaritätsbeitrag erhalten können, bei denen u.U.
18 jeder Tag zählt, ob sie die Auszahlung noch erleben dürfen oder nicht. Dann werden so
19 rasch wie möglich fortlaufend die weiteren prioritär behandelten Gesuche abgearbeitet und
20 ausbezahlt, bis am Schluss auch die nichtprioritären Gesuche an die Reihe kommen.

21 **5.2. Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren**

22 **ADK und Archive (Bund, Kantone, Gemeinden, Private)**

23 Von einer breiteren Öffentlichkeit eher unbemerkt, hätten die Kantone die Zwischenzeit ge-
24 nutzt, um ein umfassendes Netzwerk aus kantonalen Anlaufstellen und Staatsarchiven für
25 die Unterstützung der Opfer und Betroffenen auf die Beine zu stellen. Die Anlaufstellen wür-
26 den die Betroffenen insbesondere bei der Einreichung der Gesuche sehr wirkungsvoll und
27 unkompliziert unterstützen und die Staatsarchive leisteten bei der Koordination der Aktenbe-
28 schaffung ebenfalls eine ausgezeichnete Arbeit. Die Zusammenarbeit zwischen den Anlauf-
29 stellen und Staatsarchiven, aber auch mit dem Bund (Fachbereich) funktioniere sehr gut und
30 sei insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Die gelieferten Unterlagen (insb. Gesuche, Akten)
31 seien sehr hilfreich und erleichterten nicht zuletzt auch die Dossierbearbeitung.
32

33 **SODK und kantonale Anlaufstellen für Opfer**

34 Auch die Zusammenarbeit mit der SODK sei sehr vielschichtig und gut. Nicht zuletzt dank
35 des Engagements der SODK seien auf kantonaler Ebene viele Dinge rasch angestossen und
36 zum Funktionieren gebracht worden.

37 **5.3. Einige Schwierigkeiten und Hindernisse**

38 Schwierigkeiten würden sich etwa im Bereich der Beschaffung von Unterlagen präsentieren,
39 weil entweder keine Unterlagen mehr vorhanden sind, weil bestimmtes Archivgut noch nicht
40 erschlossen sei oder Betroffene sich nicht mehr genau an die Erlebnisse resp. Ortschaften
41 erinnern könnten. In aller Regel liessen sich diese Schwierigkeiten aber mit einem gewissen
42 Aufwand lösen.

43 **5.4. Ombudsfunktion**

44 Neben den eigentlichen, vom Gesetz vorgesehenen Vollzugsaufgaben kann der Fachbereich
45 einzelnen Opfern und Betroffenen auch Hinweise zur Lösung von Problemen geben, die die-

1 se oft mit anderen Behörden haben. Wo möglich verweist der Fachbereiche diese Personen
2 dann an eine kantonale Anlaufstelle oder er kann selber als Türöffner wirken, damit ein Dia-
3 log zwischen den Beteiligten möglich wird.

4 **5.5. Aktueller Stand – wie geht es weiter?**

5 Frau Biondi möchte wissen, wie mit Gesuchen umgegangen wird, die aus dem Ausland ein-
6 gereicht werden und in welcher Reihenfolge diese Gesuche geprüft werden. Herr Brand ant-
7 wortet, dass die in der Wegleitung bekannt gegebene Reihenfolge ausnahmslos für alle Ge-
8 suche gelte, egal ob sie via Anlaufstelle eintreffen (elektronische Quittung), per Post (Post-
9 stempel) oder aus dem Ausland (i.d.R. Poststempel). Wichtig sei darüber hinaus nur noch,
10 ob ein Gesuch nach Artikel 4 der Verordnung allenfalls als prioritär einzustufen sei.

11 Frau Biondi möchte weiter wissen, ob Personen, deren Gesuch abgelehnt worden ist, dieses
12 nachträglich als gegenstandslos erklären lassen und zurückziehen können. Der Delegierte
13 erklärt, dass dies nicht möglich sei: Alle Gesuche würden aufbewahrt und archiviert. Es
14 müssten alle Unterlagen dem Bundesarchiv zur Archivierung angeboten werden; dieses ent-
15 scheidet dann, was zu übernehmen sei.

16 Herr Bresch stellt die Frage, wie es sich verhalte, wenn jemand keine Eingangsbestätigung
17 für sein Gesuch erhalten habe. Herr Brand antwortet, dass die Gesuche beim BJ offiziell
18 schon seit Anfang Januar 2107 hätten eingereicht werden können, das Sekretariat aber erst
19 im Februar mit der Arbeit beim BJ begonnen habe. Entsprechend hätte die kommunizierte
20 zweiwöchige Frist für die Ausstellung der Eingangsbestätigung anfänglich nicht eingehalten
21 werden. Unterdessen sei aber das Sekretariat mit der Verarbeitung und Beantwortung der
22 Gesuche seit längerem „à jour“ und jede gesuchstellende Person hätte zwischenzeitlich eine
23 solche Bestätigung erhalten sollen.

24 Herr Cevey habe eine Person im Prozess der Gesuchseinreichung unterstützt, der die kan-
25 tonale Anlaufstelle in Lausanne mitgeteilt habe, dass sie trotz erhaltener Soforthilfe (Priorität
26 Soforthilfe), dem erreichten 75. Lebensjahr (Priorität Alter) noch ein Attest für eine Krankheit
27 (Priorität Krankheit) beilegen müsse. Er möchte wissen, wieso dies zusätzlich erforderlich
28 sei. Herr Brand erwidert, dass grundsätzlich eine Priorisierung genüge. Indessen würde eine
29 zusätzliche Priorisierung (namentlich wenn die gesuchstellende Person nachweislich schwer
30 krank sei) die Bearbeitung des Gesuchs nochmals etwas beschleunigen bzw. die Bearbei-
31 tung würde dann noch stärker vorgezogen. Dies könne dann entsprechend auch der Person
32 zugute kommen.

33 Herr Cevey möchte wissen, ob die Nachkommen einer Person, die bereits im letzten Jahr
34 verstorben sei (also noch vor dem Zeitpunkt, von dem an es möglich war, ein Gesuch einzu-
35 reichen), Anspruch auf ihren Solidaritätsbeitrag haben. Herr Brand führt aus, dass dies nicht
36 der Fall sei. Die gesuchstellende Person müsse zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs
37 noch leben.

38 Frau Biondi informiert sich darüber, was mit dem Solidaritätsbeitrag einer Person passiere,
39 die ihre Opfereigenschaft den Angehörigen nicht bekanntgeben möchte und die vor der Aus-
40 zahlung verstirbt. Fällt dieses Geld dann trotzdem in die Erbmasse? Der Delegierte führt aus,
41 dass diese Frage noch nicht geklärt sei und er diese gerne der Cocosol vorlegen würde. Er
42 könne sich aber vorstellen, dass in einem solchen Fall dem Anliegen der gesuchstellenden
43 Person Rechnung getragen und auf eine Auszahlung verzichtet würde.
44

1 **6. Beratende Kommission Solidaritätsbeiträge (Cocosol)**

2 Der Delegierte macht schliesslich noch einige Ausführungen zur Cocosol:

3 **6.1. Zusammensetzung**

4 Die beratende Kommission setzt sich aus den folgenden Personen zusammen:

- 5 – Luzius Mader, stellvertretender Direktor des BJ, Delegierter des EJPD und ehem.
6 Verantwortlicher Soforthilfe, Präsidium
- 7 – Elsbeth Aeschlimann, ehem. Mitglied des Runden Tisches und ehem. Leiterin der
8 Opferberatung/Anlaufstelle Zürich
- 9 – Lisa Yolanda Hilafu-Brönnimann, ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz und
10 Mitglied RT, Betroffene
- 11 – Urs Allemann-Caflisch, Fürsprecher und ehem. Ausschussmitglied Soforthilfe, Be-
12 troffener
- 13 – Laetitia Bernard, Mitarbeiterin Opferberatung/Anlaufstelle Fribourg und ehem. Aus-
14 schussmitglied Soforthilfe
- 15 – Guido Fluri, Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
- 16 – Barbara Studer Immenhauser, Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin
17 der schweizerischen ArchivdirektorInnenkonferenz ADK, Mitglied des RT
- 18 – Christian Raetz, Leiter Mediationsbüro des Kantons Waadt
- 19 – Maria Luisa Zürcher, ehem. Stv. Direktorin des Gemeindeverbands und ehem. Mit-
20 glied des RT sowie des Ausschusses Soforthilfe

21 **6.2. Aufgaben**

22 Die Cocosol hat folgende drei Kernaufgaben:

23 – *Klärung von Grundsatzfragen*

24 Der Delegierte führt anhand von Beispielen aus, was gemeint sei: Reicht es für die
25 Anerkennung der Opfereigenschaft aus, dass eine Person von Heim zu Heim ge-
26 geschickt worden ist, ohne dass ein Missbrauch stattgefunden habe (Unmöglichkeit der
27 Verwurzelung)? Eine Person habe erst vor kurzer Zeit erfahren, dass sie noch Ge-
28 schwister habe. Dadurch sei ihr über Jahre die Möglichkeit genommen worden, eine
29 Familienbindung zu entwickeln – reicht diese Nichtinformation über viele Jahre aus,
30 um die Opfereigenschaft anzunehmen?

31 – *Verfahrensfragen*

32 Hierzu gehören Fragen, wie diejenige, welche eben von Frau Biondi aufgeworfen
33 worden sei.

34 – *Schliesslich unterstütze die beratende Kommission das BJ beim Entscheid in Grenz- 35 fällen resp. bei besonders heiklen Fällen.*

36 Die Kommission werde somit nicht von allen Gesuchen im Detail Kenntnis erhalten. Wie be-
37 reits erwähnt, bekämen die Kommissionsmitglieder eine Liste mit den Namen aller gesuch-
38 stellenden Personen mit der Angabe, ob das Gesuch zu bewilligen oder abzulehnen sei.

39 Am 7. März 2017 habe eine erste Sitzung zur Konstituierung und Aufgabenverteilung stattge-
40 funden. Am 21. Juni 2017 werde eine zweite Sitzung stattfinden, an der bereits gewisse
41 Grundsatzfragen diskutiert würden.

1 Herr Jost bemerkt, dass für ihn diese vorhin genannte Situation der Entwurzelung gar keine
2 Frage sei; das sei klar eine Situation, die gerade eine Opfereigenschaft ausmache, denn
3 eine fundierte Schulbildung sei dadurch verunmöglicht worden. Der Delegierte stimmt be-
4 zugehend auf Kinder im schulpflichtigen Alter zu, weist allerdings darauf hin, dass dieser
5 Fall von den Ziffern 1-8 von Artikel 2 Buchstabe d AFZFG nicht erfasst werde und deshalb
6 auch der Kommission zur Konkretisierung vorgelegt werden solle. Frau Biondi fügt dem bei,
7 dass es für solche Kinder auch sehr schwierig gewesen sei, Bindungen aufzubauen.
8 Der Delegierte führt abschliessend aus, dass es ihm wichtig sei, dass die Entscheide der
9 beratenden Kommission transparent publiziert würden.

10 **7. Varia**

11 **7.1. Kantonales Anlaufstellentreffen**

12 Frau Altdorfer bemerkt, dass der Termin für das nächste Treffen noch nicht bekannt sei.

13 **7.2. Weitere Informationsaktivitäten (z.B. Medienanlass EJPD vom 6. Juli 2017)**

14 Der Delegierte hat hierzu bereits früher in der Sitzung diverse Ausführungen gemacht.

15 **7.3. Termin nächster RT**

16 Der nächste Runde Tisch solle am 8. Februar 2018 stattfinden. Die Dauer sei noch unklar
17 und werde von der Anzahl und dem erwarteten Zeitbedarf der Traktanden abhängen. Der
18 Delegierte möchte gerne wissen, ob es zusätzlich zum bereits erwähnen *Peer-Review-*
19 Projekt (Frage, ob eine Übertragbarkeit aus dem psychiatrische Bereich in die Wissenschaft
20 möglich sei) bereits weitere Traktandenwünsche gebe. Dies ist nicht der Fall.

21 **7.4. Varia**

22 Herr Stucky weist darauf hin, dass die Website des NFP 76 nicht auf Italienisch zur Verfü-
23 gung stehe und fragt, ob es möglich sei, dies noch nachzuholen. Zudem bittet er darum,
24 dass das Protokoll auf Italienisch zur Verfügung gestellt werde. Der Delegierte führt dazu
25 aus, dass der Fachbereich bemüht sei, die wichtigsten Informationen auf Italienisch zur Ver-
26 fügung zu stellen. Das Protokoll des RT könne aber aus Ressourcengründen allerdings nicht
27 auf Italienisch übersetzt werden.

28 Frau Rauser möchte gerne wissen, wie es mit dem RT weitergehe. Letztes Mal sei die Frage
29 der Auflösung aufgeworfen und diskutiert worden, heute sei dies nur am Rande zur Sprache
30 gekommen.

31 Solange es Bedarf gebe, sich zu Themen auszusprechen, die nicht nur ausschliesslich die
32 wissenschaftliche Aufarbeitung angängen, sondern für die auch das BJ substanziell etwas
33 beizutragen habe, könne sich der Delegierte vorstellen, dass vielleicht ein- bis zweimal im
34 Jahr ein kurzes Treffen stattfinde. Er lasse die Frage aber bis zur Diskussion im Februar
35 gerne offen. Das Thema werde somit für den RT vom 8. Februar 2018 traktandiert werden.

36 Frau Biondi informiert das Generalsekretariat UEK, dass sie gehört habe, dass gewisse Teile
37 der Website der UEK schreibgeschützt und entsprechend nicht zugänglich seien. Sara Zim-
38 mermann und Elie Burgos werden dem Hinweis nachgehen.

39 Herr Jost äussert Bedenken, dass bei den Gesuchen eine gewisse Denunziation stattfinde
40 und er möchte wissen, wie verhindert werden könne, dass diese Gesuche gestellt werden.
41 Der Delegierte erwidert, dass alle eingegangenen Gesuche geprüft werden. Teilweise wür-

1 den auch Hinweise eingehen, die darauf aufmerksam machten, dass gewisse Dinge oder
2 Angaben bei spezifischen Gesuche faul seien. Frau Altorfer fügt an, dass sie von Seiten An-
3 laufstellen bei gewissen Gesuchen auch Zweifel hätten.

4 Herr Baud macht darauf aufmerksam, dass die Organisation SAPEC mit der katholischen
5 Kirche eine Vereinbarung ausgearbeitet habe. Diese Vereinbarung sehe Kommission mit
6 dem Namen «CECAR» vor, die die Missbrauchsvorfälle in der katholischen Kirche anhören,
7 schlichten, urteilen und wiedergutmachen sollen. Diese Kommissionen sollen zuerst die An-
8 erkennung eines Falls sicherstellen und anschliessend über eine finanzielle Entschädigung
9 der Opfer durch die Kirche entscheiden. Der Delegierte weist darauf hin, dass unterdessen
10 bereits Kommissionen in allen Regionen der Schweiz bestünden. Es habe sich dabei noch
11 die Frage gestellt, ob diese finanzielle Leistung mit dem Solidaritätsbeitrag kumuliert werden
12 könne. Dies war ursprünglich so vereinbart worden und sei nach Anfangsschwierigkeiten
13 unterdessen im Rahmen der Bischofskonferenz auch so umgesetzt worden. Der Delegierte
14 habe sich immer dafür eingesetzt, dass es nicht zu einer Anrechnung solcher finanzieller
15 Leistungen komme (Kinder der Landstrasse, Soforthilfe).

16 Für Frau Keller bewiesen solche immer wieder auftretenden Probleme, wie wichtig die Wei-
17 terführung – wenn auch mit Anpassungen – des Runden Tisches sei. Noch immer gebe es
18 Situationen, die im Zusammenhang mit den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen stehen
19 und bei denen ein Eingreifen von Seiten des Runden Tisches notwendig sei.

20 Der Delegierte schliesst die Sitzung mit dem Hinweis, dass noch Bestellbogen für die Son-
21 derbriefmarke aufliegen und hofft, dass von der Bestellmöglichkeit Gebrauch gemacht wird.
22 Er bedankt sich zum Abschluss bei den Anwesenden für die Teilnahme an den Diskussionen
23 und dankt der SODK für das Gastrecht im Haus der Kantone sowie den Übersetzerinnen und
24 dem Techniker des Hauses für ihre wertvolle Arbeit und Unterstützung.

25

Ende der Sitzung: 16.15 Uhr